

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DIE ANTEILSZÄHLER IN KASACHSTAN DER TURKMENISCH-RUSSISCHE ERDGASSTREIT

<p>■ ANALYSE</p> <p>Nachhaltiger politischer Protest oder Eintagsfliege? Zum Problem des anteiligen Wohnungsbaus und der Bewegung der Anteilzahler in Kasachstan</p> <p>Von Aitolkyn Kurmanowa, Almaty</p>	2
<p>■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT</p> <p>Statistiken zum Bausektor und Wohnungsmarkt in Kasachstan</p>	6
<p>■ DOKUMENTATION</p> <p>Wohin mit dem Erdgas? Russischsprachige Medien zum turkmenisch-russischen Erdgasstreit</p>	10
<p>■ CHRONIK</p> <p>Vom 23. Mai bis 19. Juni 2006</p>	16

Die Zentralasien-Analysen machen im Juli 2009 Sommerpause und erscheinen im August 2009 mit einer Doppelnummer.

Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.



Analyse**Nachhaltiger politischer Protest oder Eintagsfliege?****Zum Problem des anteiligen Wohnungsbaus und der Bewegung der Anteilshalter in Kasachstan**

Von Aitolkyn Kurmanowa, Almaty

Zusammenfassung

Die rasante ökonomische Entwicklung Kasachstans in den vergangenen Jahren hat sich neben der Rohstoffwirtschaft vor allem im Finanz- und Bausektor ausgewirkt. In den großen Städten des Landes investierte besonders der neue Mittelstand in den groß angelegten Bau von Eigentumswohnungen, dies nicht zuletzt auf Pump. Der vorliegende Beitrag zeichnet das Schicksal der von der jetzigen Krise hart getroffenen privaten Anteilshalter nach und fragt nach einer möglichen politischen Wirkung der von ihnen gegründeten Interessengemeinschaften.

In den Jahren 2002 bis 2007 entwickelte sich der anteilige Wohnungsbau in Kasachstan rasend schnell. Er war meist in Form einer Pyramide organisiert, in der der Bauherr mit minimalem Eigenkapital zusätzliche Mittel durch Bankkredite und von Teilhabern – vor allem Privatpersonen – heranziehen konnte. Diese Mechanismen des anteiligen Wohnungsbaus wurden nicht nur von kleinen Bauunternehmen, sondern auch großen Teilnehmern des Marktes genutzt, die – angetrieben von den steigenden Preisen für Immobilien und Baumaterialien – neue Projekte begannen, ohne die begonnenen fertig gestellt zu haben. Darüber hinaus kündigten einige Bauunternehmen, die nicht über die Mittel zur Fertigstellung eines Projekts verfügten, bereits den Verkauf von Wohnungen in einem neuen Projekt an und versuchten dann vergeblich, Gelder umzuleiten. Dennoch war die Nachfrage nach anteiligem Wohnungsbau in den Jahren vor der Krise sehr groß, denn der Preis für Wohnraum war dort mit ca. 1.000 bis 1.500 US-Dollar pro Quadratmeter sehr viel geringer als auf dem freien Wohnungsmarkt (im Mai 2007, auf dem Gipfel der Immobilienpreise, lag der Preis dort bei rund 4.500 US-Dollar pro Quadratmeter).

Mit dem Beginn der Wirtschaftskrise in Kasachstan ging eine plötzliche Verringerung von Bankdarlehen einher, was Probleme im stark kreditfinanzierten Bausektor und eine sinkende Nachfrage nach Wohnraum mit sich brachte. Die Bauunternehmen verloren schlagartig ihren Zugang zu Krediten, Baustellen wurden stillgelegt, Leute, die Geld investiert hatten, blieben nicht nur ohne Wohnung, sondern hatten auch keine Chance, bereits gezahlte Investitionen zurückzubekommen. Darüber hinaus hatten viele Anteilshalter (russ. dolschtschiki, die Red.) selbst (Hypotheken-)Kredite aufgenommen, um ihre neue Wohnung zu finanzieren, einige hatten

gar ihre alten Wohnungen verkauft und lebten während der Wartezeit zur Miete. Kurz gesagt, der Umfang der Verluste im anteiligen Wohnungsbau ist nicht allein in simplen Zahlen zu messen, sondern man muss auch den moralischen Schaden und die große ökonomische Wirkung aus den aufgenommenen Krediten sowie den Beginn der allgemeinen wirtschaftlichen Depression (Arbeitslosigkeit, Inflation, Anstieg der Kreditzinsen) berücksichtigen.

Unter den 339 Objekten anteiligen Wohnungsbaus in Kasachstan, an denen 46.000 private Gläubiger beteiligt sind, befinden sich etwa 200, auf denen keine Bauarbeiten stattfinden, bei denen sich die Fertigstellung bereits um mehr als ein halbes Jahr verzögert oder deren Bau noch ganz am Anfang steht. In ihrem Bau sind 123 Unternehmen involviert, die von den Anteilshaltern mehr als 104 Mrd. Tenge (knapp 705 Mio. US-Dollar) erhalten haben. Opfer von unzuverlässigen Bauunternehmen, die oft volle 100 % der Kosten des Wohnraums von den Anteilshaltern genommen hatten, wurden nach unterschiedlichen Angaben 20.000 bis 30.000 Personen. Die Mehrzahl der problematischen Objekte liegt dabei in Astana (110) und Almaty (42).

Das einfache Prinzip der im Westen verbreiteten kollektiven Investition (den Anfang bildete die equity construction in England) funktionierte in Kasachstan aus mehreren Gründen nicht. Hier sind die ausgesprochen schnell steigenden Immobilien- und Baustoffpreise zu nennen, die intransparenten Regeln für den Kauf von Land und den Erhalt der Baugenehmigung, Korruption und unvollkommene rechtliche Grundlagen. Das Gesetz über den anteiligen Wohnungsbau wurde erst im Januar 2007 verabschiedet, als die Mehrzahl der Verträge bereits abgeschlossen war. In den wenigen Jahren der anteiligen Investitionen haben sich viele Probleme

angesammelt, deshalb wird das Gesetz bis heute immer wieder ergänzt oder geändert. Sein wichtigstes Ziel ist der bessere Schutz der Rechte der Anteilzahler, etwa durch eine stärkere Kontrolle der Wechselbeziehungen zwischen ihnen und den Bauherren durch die zuständigen staatlichen Stellen sowie die Verschärfung der Vorgaben für Bauunternehmen in Bezug auf Verlässlichkeit und Zahlungsfähigkeit. Erst im Jahr 2008 wurde für große Bauunternehmen die Verpflichtung eingeführt, nicht weniger als 20 % der von den Anteilzahlern zur Verfügung gestellten Summe als Eigenanteil beizusteuern und die Anteile durch Versicherungen privatrechtlich abzusichern. Im Jahr 2009 stellte sich jedoch bereits heraus, dass Versicherungen nicht helfen.

Die Verantwortung des Staats für das Problem ist somit unbestreitbar: es geht um unkontrollierten Wohnungsbau, ein unzulängliches gesetzliches Regelwerk zum anteiligen Wohnungsbau, die Ungeschütztheit der Kapitalanlagen der Bürger. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Anteilzahler sich verprellt fühlten und begonnen haben, eine sichtbare Rolle im sozialen Leben Kasachstans zu spielen. Sie führen fortlaufend Protestaktionen durch, bei denen sie von der Regierung die Verteidigung ihrer Rechte, die Bestrafung der Schuldigen und die Kompensation der Verluste fordern. Der Anteilzahler wird auf diese Weise zur Personifizierung der sozialen Unzufriedenheit, die der Staat so fürchtet.

Soziale Gruppe oder Sammelbecken?

Doch der soziale Status der Anteilzahler ist heterogen. In der größten Stadt Kasachstans, Almaty, handelt es sich dabei um etwa 15.000 Personen – etwa 1 % der Bevölkerung. Als besonders aktiv haben sich Initiativgruppen von acht problematischen Bauunternehmen mit 3.000 Anteilzahlern hervorgetan. Etwa 15 % der Anteilzahler haben Hypothekenkredite aufgenommen und zahlen praktisch für nichts Prozente. Etwa 10.000 bis 20.000 Personen sitzen nach unterschiedlichen Schätzungen auf ihre Zahlungskraft übersteigenden Hypothekenkrediten. Sowohl bei den Initiativgruppen, als auch den Bewegungen der Hypothekenschuldner lässt sich eine große Ähnlichkeit in der sozialen Zusammensetzung beobachten.

»Das gegenwärtige Bild des Anteilzählers«, so berichtet Nikolaj Komarow, einer der Führer der Bewegung, »ist gekennzeichnet durch aktive Bürger, die kleinunternehmerisch tätig waren oder in unterschiedlichen Firmen gearbeitet haben, ihre Wohnbedingungen verbessern wollten und aus unterschiedlichen Gründen, vor allem aber aufgrund der Krise, zahlungsunfähig wur-

den. Sogar jene, denen noch ihr früheres Einkommen zur Verfügung steht, können dieses nicht mehr so ausgeben, wie sie wollen, da ihre Kaufkraft im letzten Jahr durch die Inflation um die Hälfte gesunken ist. Auch gibt es eine große Zahl von Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, und wegen der totalen Krise unfähig waren, schnell eine neue zu finden.«

Für das enorme Risiko der Investitionen am Nullpunkt haben die Anteilzahler einen schönen Preisnachlass erhalten. Der Preis war mithin der wichtigste Faktor für Investitionen, auch in zweifelhafte und nicht vertrauenswürdige Objekte. Während Personen mit höherem Einkommen zuverlässigeren Wohnraum wählten, boten staatliche Programme Unterstützung nach sozialen Kategorien. Im Unterschied zu anderen Ländern, wo soziale Programme vorwiegend auf Leute mit niedrigem Einkommen ohne Unterscheidung von staatlichen und privaten Angestellten ausgerichtet sind, erhielten in Kasachstan vor allem Staatsangestellte und junge Familien Priorität bei der Bereitstellung von Wohnraum. Ganze Kategorien von Bürgern fielen aus diesem Schema heraus (Arbeitslose, Geringverdiener, Selbständige und Angestellte in privaten Unternehmen). Einige von ihnen fanden schließlich im anteiligen Wohnungsbau für sich einen Ausweg.

Doch die am anteiligen Wohnungsbau Partizipierenden gehören nicht nur dem neuen Mittelstand an. Unter ihnen gibt es beispielsweise auch aktive Spekulanten, die Anleihen in Dutzende von Neubauwohnungen gesteckt haben. Auf der einen Seite werden die Anteilzahler, weil sie über genügend Mittel verfügten, um die Anteile zu bezahlen, ganz und gar nicht als arme Leute angesehen. Andererseits sind sie unglückliche Opfer eines banalen Betrugs. Präsident Nursultan Nasarbajew sagte in seiner jährlichen Rede an die Nation 2009, dass der Staat den Anteilzahlern nicht in der Weise helfen könne, wie sie es erwarten würden, hätten »sie doch das Geld selbst aufgebracht und einem x-beliebigen in die Hand gedrückt.« Nasarbajew findet, dass die Anteilzahler Almatys der Stadtverwaltung dankbar dafür sein sollten, dass sie ihre Wohnungsprobleme löst, statt ihre Unzufriedenheit auszudrücken.

Die Anteilzahler rufen Mitgefühl hervor, aber nicht mehr. Ihre Bewegung ist heterogen und schlecht koordiniert. Vielleicht sind deshalb die zahllosen Bemühungen, der Bewegung einen politischen Anstrich zu verleihen, bisher nicht erfolgreich gewesen. Das Problem liegt nicht nur in ihrer unklaren ideologischen Basis, als die man den Protest gegen Rechtslosigkeit, gegen Betrug im großen Stil und den Kapitalismus als solchen anführen könnte, sondern auch in ihrer geringen Kontinuität.

Der Anteilzahler schließt sich nur solange einer Bewegung an, bis man seine Wohnung zu Ende gebaut oder sein Geld zurückgezahlt hat.

Politisierung der Anteilzahler

Die erste staatliche genehmigte Demonstration »Verteidigen wir unser Verfassungsrecht auf Wohnraum!« fand mit etwa 1.000 Teilnehmern im Oktober 2008 in Almaty statt. Die Protestaktion wurde von der kurz zuvor gegründeten gesellschaftlichen Bewegung »Talmas« (dt. »Rastlos«), die von dem bekannten Oppositionellen und Sozialisten Ainur Kurmanow angeführt wird, organisiert. »Talmas« vereinte nicht nur Anteilzahler, sondern auch Personen, die Probleme bei der Rückzahlung von Hypothekenkrediten haben, Militärangehörige ohne Wohnung und Bewohner der zum Abriss frei gegebenen Bezirke Almatys.

Die Stärke der Anteilzahler liegt in ihrer Vereinigung und Konsolidierung. Doch da beginnt schon das Problem, gibt es doch mindestens zwei verschiedene Bewegungen – »Erhalten wir dem Volk den Wohnraum« und »Für würdigen Wohnraum!«, weiterhin den Koordinationsrat von acht problematischen Bauunternehmen in Stadt und Gebiet Almaty, die »Assoziation der Anteilgeber«, den Zusammenschluss »Schanyrak« (Deckenkreuz der Jurte als Symbol für das Zuhause, Anm. d. Red.) und eine Vielzahl von Initiativgruppen.

In der Regel organisieren sich die Anteilzahler nach den Objekten, in die sie ihre Mittel gesteckt haben. Initiativgruppen führen Verhandlungen mit dem Bauherren und der Legislative, melden Rechtsansprüche an und ziehen die Massenmedien hinzu. Doch dies erweist sich wegen der schlechten staatlichen Regulierung und Rechtsanwendung meist als nicht ausreichend effektiv. Ainur Kurmanow ist davon überzeugt, dass die sozialen Konflikte in Verbindung mit der Wirtschaftskrise zunehmen werden und sich eine Protestklientel von bis zu 20.000 Menschen konsolidieren könnte.

Als Antwort darauf hat der Staat alternative Vereinigungen mit dem Ziel gegründet, das Protestpotenzial dieser Bevölkerungsgruppe zu kontrollieren und kooperieren. Als besonders wirkungsvoll hat sich der »Gesellschaftliche Rat zur Beachtung der Rechtmäßigkeit« in Almaty erwiesen, der im Oktober 2008 gebildet wurde. Dort sind Vertreter von staatlichen Strukturen und NGOs, Wissenschaftler und Juristen vertreten. Angeführt wird der Rat vom Vorsitzenden der Abteilung für Innenpolitik beim Akimat der Stadt.

Nach Einschätzungen der Anteilzahler selbst werden noch mindestens zwei Jahre vergehen, bis sich das allgemeine Verständnis durchsetzt, dass die Bauun-

ternehmen ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Und selbst dann wird kaum bei allen Betroffenen Konsens darüber herrschen, dass es unumgänglich ist, konsolidiert und gemeinsam aufzutreten. Schon jetzt trauen manche ihren Initiativgruppen nicht, da sie bei ihnen nicht zweckmäßigen Umgang mit den gesammelten Geldern vermuten. Den gesellschaftlichen Bewegungen wirft man zu große Nähe zu Gebietsverwaltungen vor, dem Staat zu enge Verbindungen mit den großen Bauunternehmen. Unter diesen Bedingungen lassen einzelne Gläubiger ihre Beziehungen spielen, schalten gute Anwälte ein und einigen sich separat mit den Bauherren über Rückzahlungen.

Keine Wahl

Für die Lösung der Probleme der Anteilzahler/Hypothekenschuldner hat der Staat bisher nur den allereinfachsten Ausweg gefunden – die Refinanzierung der Ausgangsschulden (ohne Prozente) zu Zinssätzen, die etwas niedriger als im Mittel der vorangegangenen Jahre liegen. Dabei bleibt problembehafteten Hypothekenschuldnern der Zugang zum Programm verwehrt: es wird eine positive Kreditlinie vorausgesetzt. Anteilzahler mit Anteilen an nicht fertig gestellten Wohnungen können an dem Refinanzierungsprogramm teilnehmen, doch wird ihnen das kaum helfen. Aktivisten der Kampagne »Für würdigen Wohnraum!«, die mit den Bedingungen des staatlichen Programms nicht einverstanden sind, haben vor dem Sitz der Regierung eine Unterschriftensammlung organisiert, die dem Premierminister übergeben werden soll. Als Alternative zum derzeitigen Vorgehen fordern sie eine Senkung der Zinssätze für die Refinanzierung von den jetzigen 9 % für Staatsangestellte und 11 % für andere Kreditnehmer auf 4 %. Darüber hinaus schlagen sie die Aufnahme von bedürftigen Familien und solchen mit vielen Kindern sowie anderen sozial schwachen Menschen, Behinderten, Waisen und Rentnern und ihren Familien in die Kategorie der sozial gefährdeten Bevölkerungsschichten vor. Weitere alternative Lösungsvorschläge gibt es leider bisher kaum.

Viele Baufirmen konnten indes das 2007 in Kraft getretene Gesetz zum anteiligen Wohnungsbau umgehen, indem sie nicht Verträge zum anteiligen Wohnungsbau schlossen, sondern über Kauf/Verkauf von Wohnungen. Diese Verträge sind ein ganz eigenes Forschungsthema. So begrenzen fast alle die Vertragsstrafe für Verzögerungen bei der Fertigstellung des Baus auf wenige Prozent der vereinbarten Investitionssumme. Versuche der Anteilzahler, von den Bauunternehmen Gelder zur Fertigstellung des Baus zu erhalten, blieben bisher ebenfalls ohne Erfolg.

Nach Angaben des Pressedienstes der Steuerpolizei beträgt der Schaden, der den betrogenen Anteilzahlern allein im letzten Jahr entstand, 38,2 Mrd. Tenge (ca. 259 Mio. US-Dollar), gerade einmal 5,4 Mrd. (ca. 36,6 Mio. US-Dollar) bzw. 14 % davon wurden zurückgezahlt. Die Behörden müssen einräumen, dass sie außerstande sind, das Vermögen von Festgenommenen im Interesse der Anteilzahler zu sichern. Auch die Judikative tut wenig für die Belange der Anteilzahler. Wie sich herausstellte, können diese kaum auf die Kompensierung aus den Aktiva der Bauunternehmen hoffen.

Allein im Jahr 2008 wurden in Kasachstan 111 Verfahren wegen Betruges von 6.000 Teilnehmern des anteiligen Wohnungsbaus eingeleitet oder liefen bereits. Insbesondere der Charakter dieser Gerichtsverfahren erregt die Anteilzahler. »Illusionen darüber, dass irgendjemand, der Geld hat, die Finanzpolizei fürchten könnte, gibt es schon seit langem nicht mehr. Ist es doch wesentlich günstiger sich mit diesen zu einigen, als problematische Objekte zu vollenden«, wird in einem Internetforum konstatiert, »die Finanzpolizei ist nicht daran interessiert, den Anteilzahlern zu helfen, sie braucht nur statistische Erfolge bei der Aufdeckung. Sie verhaften den Bauherrn, veranstalten eine Konferenz, laden die Medien ein und verkünden stolz, dass sie einen Verbrecher geschnappt haben. Aber was haben wir davon?«

Ausblick

Es wird sehr schwierig werden, das Vertrauen in das Prinzip des anteiligen Wohnungsbaus wiederherzustellen. Solide Garantien für den Schutz der Einlagen der Anteilzahler sind unabdingbar. Darüber hinaus sollten – unter Berücksichtigung der Investitionsnatur im anteiligen Wohnungsbau – besonders hohe Anforderungen an Rechenschaftslegung, Transparenz, an den Mindesteigenanteil und das Risikomanagement beim beteiligten Bauunternehmen gestellt werden. Die Gesetzgebung zum anteiligen Wohnungsbau in Kasachstan benötigt deshalb, auch angesichts der Vorfälle des letzten Jahres, eine Weiterentwicklung. Weitere Mittel in die Fertigstellung ihres Wohnraums wollen die Anteilzahler nicht aufwenden, auch Sozialwohnungen lehnen sie eher ab. Leider muss festgestellt werden, dass dem Staat eine Infrastruktur fehlt, die es ihm erlauben würde, hier Verantwortung zu übernehmen (etwa in Form einer vollständig staatlichen Bauindustrie, eine Hypothekenbank mit 100 % Staatsanteil eingeschlossen) und daher der Status »kasachstanischer Anteilzahler« auch in mehreren Jahren noch aktuell sein wird. Mittelfristig wird sich das Problem jedoch kaum zu einem ernsthaften politischen Konflikt auswachsen.

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Über die Autorin:

Aitolkyn Kurmanowa ist Geschäftsführerin des »Instituts für ökonomische Strategien – Zentralasien« in Almaty, Kasachstan, und war von 2003 bis 2007 im zentralasiatischen Büro der Weltbank und in der Analyse-Abteilung der ATF Bank tätig. Sie forscht insbesondere zu sozioökonomischen Themen und schreibt regelmäßig für das Nachrichtenmagazin *vox populi*.

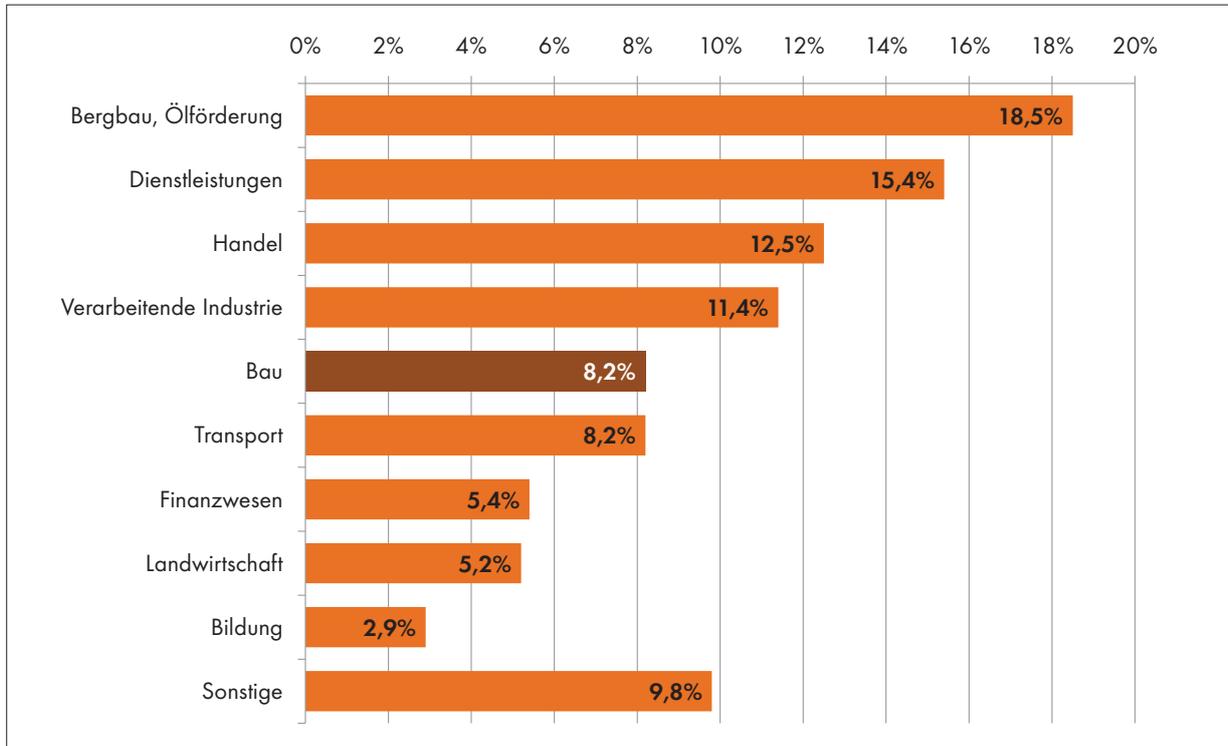
Lesetipps:

- Alima Bissenova, Construction boom and banking crisis in Kazakhstan, CACI-Analyst, 6/3/2009, = <http://www.cacianalyst.org/?q=taxonomy/term/2>
- Abdujalil Abdurasulov, Kazakhstan's construction collapse, BusinessWeek, Nov. 21, 2008, = http://www.businessweek.com/globalbiz/content/nov2008/gb20081121_173740.htm

Tabellen und Grafiken zum Text

Statistiken zum Bausektor und Wohnungsmarkt in Kasachstan

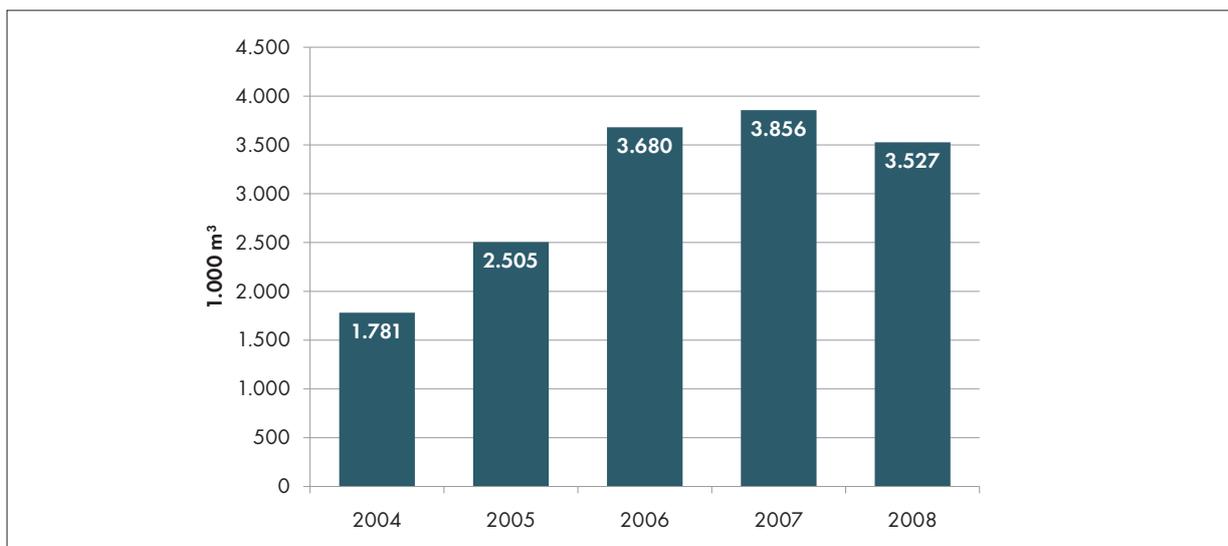
Struktur des BIP in Kasachstan 2008 (Anteile in Prozent)



Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan www.stat.kz, zitiert nach Nachrichtenmagazin *vox populi* www.voxpopuli.kz

Wohnungsbau durch private Bauunternehmen 2004–2008

Fertig gestellte Wohnhäuser nach Gesamtfläche (in 1.000 m²)

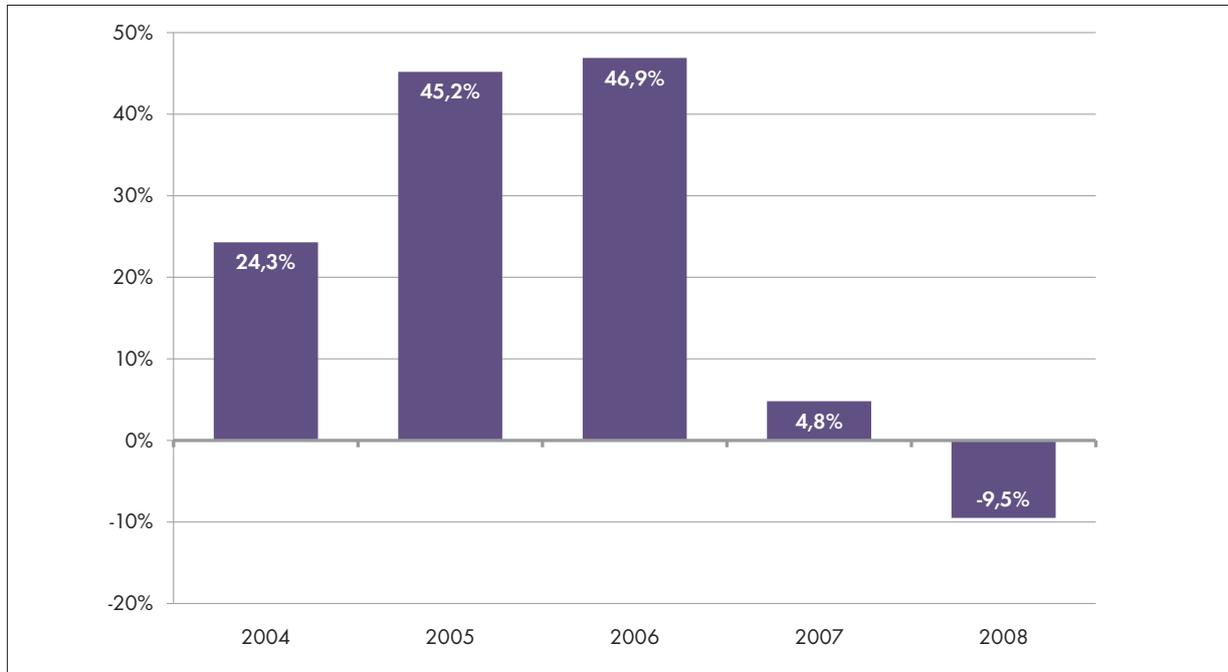


Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan;

www.stat.kz/publishing/Documents/публикаций/предварительные%20данные%20за%202008%20год.pdf

Wohnungsbau durch private Bauunternehmen 2004–2008

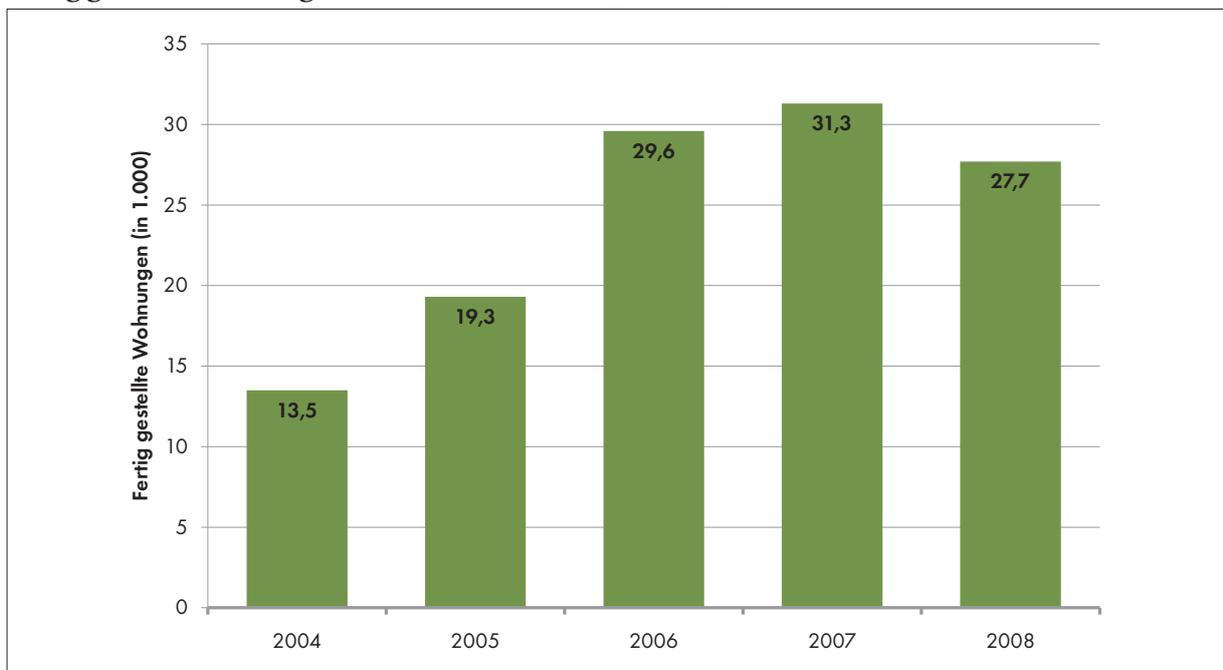
Wachstum gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan;

www.stat.kz/publishing/Documents/публикаций/предварительные%20данные%20за%202008%20год.pdf

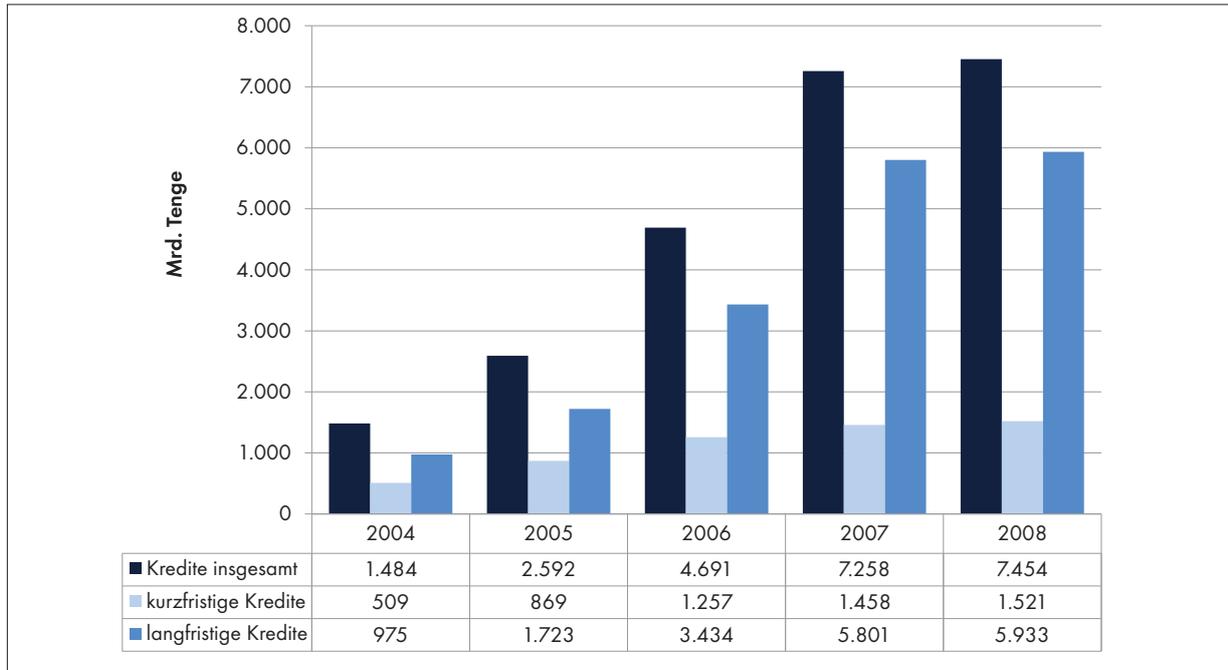
Fertig gestellte Wohnungen in absoluten Zahlen (in 1.000)



Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan;

www.stat.kz/publishing/Documents/публикаций/предварительные%20данные%20за%202008%20год.pdf

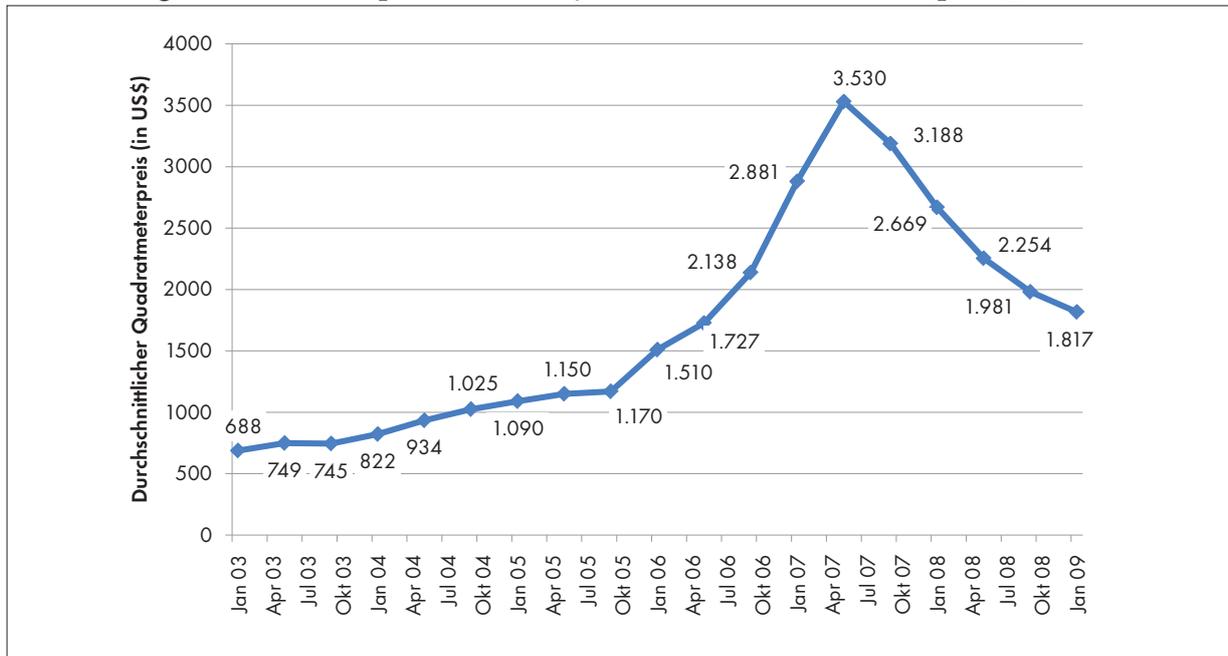
Kredite von Geschäftsbanken in die Wirtschaft Kasachstans 2004–2008 (in Mrd. Tenge)



Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan;

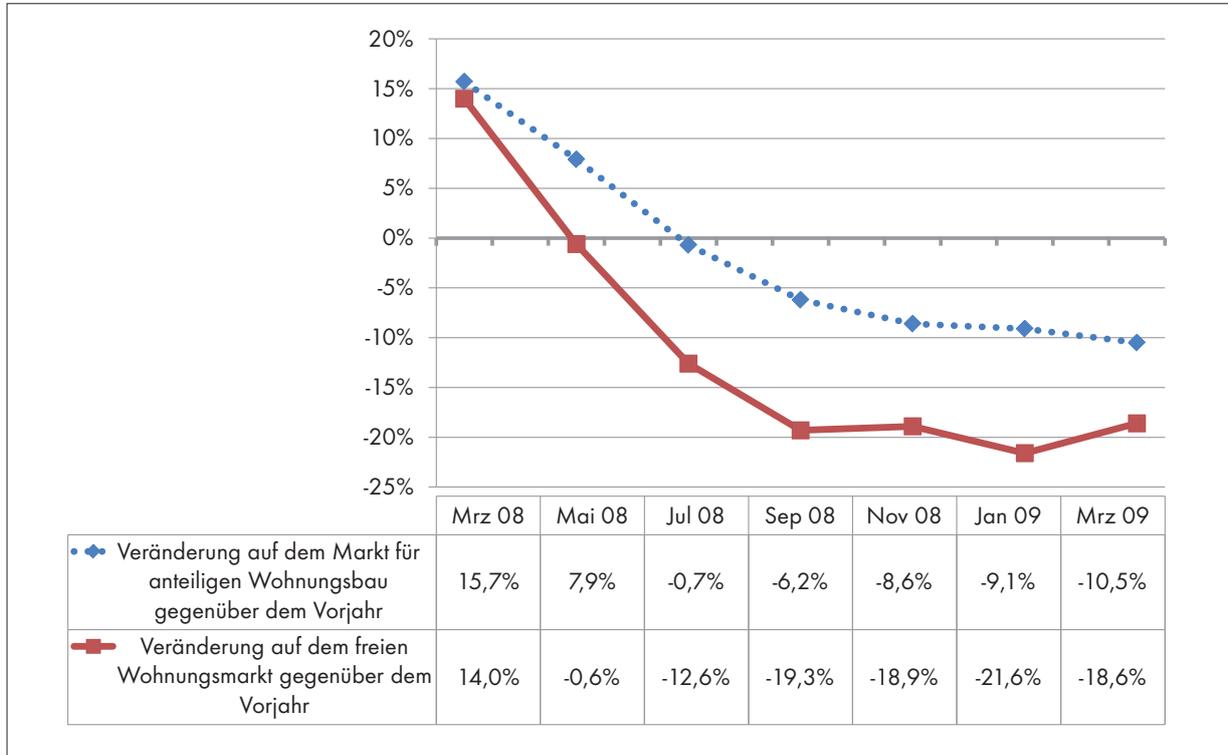
www.stat.kz/publishing/Documents/публикации/предварительные%20данные%20за%202008%20год.pdf

Entwicklung der Immobilienpreise in Almaty 2003–2009 (in US-Dollar pro Quadratmeter)



Quelle: Zeitung Krysha; <http://krysha.kz>

Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt in Kasachstan 2008/2009 (in Prozent)



Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan www.stat.kz, zitiert nach Nachrichtenmagazin vox populi www.voxpopuli.kz

Dokumentation**Wohin mit dem Erdgas? Russischsprachige Medien zum turkmenisch-russischen Erdgasstreit**

Turkmenistan gehört weltweit zu den mittelgroßen Erdgasproduzenten. Durch eine Verfünffachung der Produktion in den letzten zehn Jahren fördert das Land mittlerweile mit etwa 70 Mrd. m³ fast so viel Erdgas wie Norwegen, aber immer noch nur etwas mehr als ein Zehntel der Produktion des weltweit größten Erdgasproduzenten Russland. Auch bei den bisher bekannten Erdgasvorkommen gehört Turkmenistan mit einem Anteil von 1,5 % an den weltweiten Vorräten zur Mittelgruppe, fast gleichauf mit Norwegen, aber deutlich hinter Russland mit einem Anteil von 25 %.

Da ein großer Teil der Vorkommen in der Region des Kaspischen Meeres bisher nicht erforscht ist, geht man in Turkmenistan allerdings davon aus, dass die tatsächlichen Erdgasvorkommen des Landes die bisher nachgewiesenen um das Sechsfache übersteigen könnten. Die Erdgasproduktion könne bis 2030 fast vervierfacht werden, falls ausreichende Investitionen vorhanden seien. Der Investitionsbedarf wird von Turkmenistan offiziell auf etwa 10 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Da die Sowjetunion ihre Erdöl- und Erdgasproduktion auf Westsibirien konzentriert hatte, begann die Erschließung der Kaspischen Region (neben Turkmenistan haben auch Kasachstan und Aserbaidschan bedeutende Erdöl- und Erdgasreserven) mit moderner Technik erst nach dem Ende der Sowjetunion. Das Kaspische Meer wurde seit Mitte der 1990er Jahre für die europäische Energieversorgung zunehmend als »neue Nordsee« gesehen, d. h. als zusätzliche Versorgungsquelle, die die Abhängigkeit von OPEC und Russland bei Erdöl und Erdgas abmildern kann. Das Erdgas, dessen Transport per Schiff mit erheblichen Zusatzkosten verbunden ist, soll – so die Hoffnung der EU – durch die Nabucco-Pipeline direkt vom Kaspischen Meer bis nach Mitteleuropa fließen. Gleichzeitig interessieren sich jedoch auch China und Turkmenistans südliche Nachbarstaaten für Erdgaslieferungen aus der Region. Der Zugriff auf turkmenische Erdgasexporte ist deshalb zunehmend umkämpft.

Turkmenistan ist für seinen Erdgasexport derzeit noch fast vollständig von Russland abhängig, da es an der in der Sowjetzeit gebauten zentralen Versorgungspipeline (»Mittelasien-Zentrum«) hängt, die die Erdgasfelder Turkmenistans via Usbekistan und Kasachstan mit dem zentralen Leitungsnetz des Landes verband. Für das russische Leitungsnetz ist seit dem Ende der Sowjetunion der Monopolkonzern Gazprom zuständig, der der Konkurrenz aus Turkmenistan den Zugang zu zahlungskräftigen Kunden in Mittel- und Osteuropa verwehrte und ihm nur die Lieferung an GUS-Staaten mit schlechter Zahlungsmoral gestattete. Hauptabnehmer turkmenischen Erdgases wurde so in den 1990er Jahren die Ukraine, die im Wesentlichen über Bartergeschäfte mit Maschinen und Nahrungsmitteln bezahlte. Durch starken Druck bis hin zur Einstellung des Erdgastransits stellte Gazprom sicher, dass selbst an diesen Geschäften dem russischen Konzern nahe stehende Zwischenhändler beteiligt wurden und damit einen Teil der Einnahmen erhielten.

In Reaktion auf die Diskriminierung durch Gazprom begann Turkmenistan schon früh, sich um alternative Exportpipelines zu bemühen. Mit dem weltweiten Anstieg der Erdgaspreise und fortschreitender Erschließung der turkmenischen Vorkommen wurde es in den letzten Jahren zunehmend als attraktive Versorgungsquelle gesehen.

Am stärksten engagiert hat sich bisher China. Eine 7.000 km lange Erdgaspipeline von Turkmenistan durch Usbekistan und Kasachstan nach Westchina steht kurz vor der Inbetriebnahme. Durch die Pipeline sollen pro Jahr 30 Mrd. m³ Erdgas von den Förderstätten im Osten Turkmenistans nach China geliefert werden. Im Juni 2009 hat China Turkmenistan außerdem einen Kredit in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar zur Entwicklung eines weiteren Erdgasfeldes gewährt.

Die von der EU geplante Nabucco-Pipeline vom Kaspischen Meer nach Mitteleuropa wäre ebenfalls auf Erdgas aus Turkmenistan angewiesen. Als wesentlicher Fortschritt beim Zugriff auf turkmenische Erdgaslieferungen wurde hier das Memorandum gewertet, das Turkmenistan im Mai mit dem deutschen Energieversorger RWE geschlossen hat, der zugleich Mitglied im Nabucco-Konsortium ist.

Hinzu kommen turkmenische Pläne für eine Pipeline in den Iran, die Erdgas für die im Mai 2009 zwischen Iran und Pakistan vereinbarte Pipeline liefern soll. Der iranisch-pakistanische Vertrag sieht die Fertigstellung der Pipeline bis 2014 vor. Eine Verlängerung nach Indien wird diskutiert. Neben Russland, das jährlich 40 bis 50 Mrd. m³ Erdgas aus Turkmenistan importiert, ist der Iran derzeit mit gut 5 Mrd. m³ der einzige ausländische Direktabnehmer turkmenischen Erdgases.

Turkmenistan erklärt »praktische Schritte zur Realisierung einer breiten Palette von Plänen zur Diversifizierung der Energieexportwege zu den Weltmärkten« zu verfolgen. Derzeit in Vorbereitung ist eine Pipeline mit einer Kapazität von 30 Mrd. m³, die die Erdgasfelder im Osten des Landes mit den Feldern am Kaspischen Meer verbinden soll.

Von hier starten sowohl Erdgasleitungen nach Russland als auch die geplante transkaspische Pipeline zum Anschluss an Exportpipelines in Aserbaidschan.

Während so Turkmenistan begann, seine Abhängigkeit von Russlands Exportpipelines zu reduzieren, war Gazprom nach dem Ende der 1990er Jahre zunehmend auf turkmenisches Erdgas angewiesen, um seine eigenen Lieferverpflichtungen zu erfüllen. Ursachen waren fehlende Investitionen in neue russische Erdgasfelder, eine steigende Nachfrage auf dem russischen Binnenmarkt aufgrund des einsetzenden Wirtschaftsaufschwungs sowie Gazproms ehrgeizige Pläne zur Ausweitung der Erdgasexporte. Gegen Mitte des neuen Jahrzehnts ging Gazprom außerdem dazu über, die Lieferpreise für die Abnehmerländer in der GUS an die Preise für den europäischen Markt anzupassen. Der Wirtschaftsboom dieser Jahre verbesserte gleichzeitig die Zahlungsmoral der GUS-Kunden. Die Ukraine bezahlte so 2008 bereits über 8 Mrd. US-Dollar für ihre Erdgasimporte, die vorrangig aus Turkmenistan kamen. Das früher unattraktive GUS-Geschäft wurde damit lukrativ und für Gazprom interessant.

Dementsprechend begann Russland sich aktiv um den Erhalt des Zugriffs auf turkmenisches Erdgas zu bemühen. Ein erster Schritt wurde 2003 mit einem 25-jährigen turkmenisch-russischen Liefervertrag unternommen. Russland erwarb den Anspruch auf turkmenische Erdgaslieferungen von bis zu 80 Mrd. m³ pro Jahr. Ein zweiter Schritt war die im Frühjahr 2007 vertraglich vereinbarte Modernisierung der sowjetischen Erdgaspipeline von Turkmenistan über Usbekistan und Kasachstan nach Russland, um ihre Kapazität damit von 45 auf bis zu 90 Mrd. m³ zu steigern und der zusätzliche Bau einer neuen Erdgaspipeline mit einer Kapazität von 20 Mrd. m³ an der Küste des Kaspischen Meeres von Turkmenistan über Kasachstan nach Russland. Russland sicherte sich so den Zugriff auf Erdgaslieferungen aus Turkmenistan, die in etwa der gesamten derzeitigen Erdgasproduktion des Landes entsprechen.

Einerseits passt diese Entwicklung zur russischen Strategie, die eigene Dominanz auf dem europäischen Erdgasmarkt zu verteidigen und die kaspischen Staaten als alternative Lieferquellen zu neutralisieren. Turkmenisches Erdgas könnte so durch die von Gazprom geplante South Stream-Pipeline über Russland nach Europa geliefert werden, während für die von der EU favorisierte Nabucco-Pipeline, die direkt vom Kaspischen Meer über die Türkei in die EU führen soll, der Abschluss ausreichender Lieferverträge schwierig wird.

Andererseits beschränkt sich das russische Engagement bisher auf Absichtserklärungen. An den beiden 2007 beschlossenen Pipelineprojekten von Turkmenistan nach Russland ist die Arbeit noch nicht begonnen worden. Die Beziehungen zwischen Gazprom und Turkmenistan verschärfen sich im April 2009 aufgrund einer Explosion in der Erdgaspipeline »Mittelasien-Zentrum« von Turkmenistan nach Russland. Turkmenistan warf Russland vor, das gelieferte Gas nicht mehr entnommen zu haben, und so einen Überdruck in der alten Pipeline provoziert zu haben. Russland wiederum beschuldigte Turkmenistan, die Wartung der Pipeline vernachlässigt zu haben. Seitdem erhält Russland kein Erdgas mehr aus Turkmenistan. Russland hat Turkmenistan aufgefordert, entweder die Liefermenge oder den vertraglich festgelegten Lieferpreis zu reduzieren.

Kurzfristig ist diese Entwicklung für Gazprom vorteilhaft. Aufgrund der globalen Wirtschaftskrise ist die Nachfrage nach russischem Erdgas so weit gesunken, dass turkmenische Lieferungen nicht mehr benötigt werden. Ähnlich wie in den 1990er Jahren wird Turkmenistan anscheinend erneut in die Rolle des Lückenfüllers gedrängt.

Längerfristig ist diese Strategie aber für Gazprom mit erheblichen Risiken verbunden. Falls es Turkmenistan gelingt, seine Lieferungen nach China auszuweiten und zur Realisierung des Nabucco-Projektes beizutragen, müsste Gazprom zusätzliche Nachfrage aus seinen eigenen, russischen Projekten decken können. Gleichzeitig würde Russland an geopolitischem Einfluss in Zentralasien verlieren.

Die folgenden Pressestimmen dokumentieren und kommentieren Probleme und Chancen des aktuellen Erdgasstreits zwischen Turkmenistan und Russland.

Heiko Pleines

Gazprom erhöht den Druck

Internetportal der Zeitung Respublika, 2.6.2009

<http://www.respublika-kaz.info/news/business/3867>

Von *Dmitrij Koptew*

Die turkmenischen Gaslieferungen nach Russland sind unterbrochen. Der durch eine Explosion zerstörte Abschnitt der Gaspipeline »Mittelasien–Zentrum« ist zwar wieder hergestellt, doch wird dort solange kein Gas fließen, bis Aschchabad zugestimmt hat, entweder den Gaspreis zu senken oder die Liefermenge zu drosseln, hört man von Gazprom. [...]

Wir fallen – du fällst

Die durch russische Unternehmen geförderte Gasmenge hat sich im Zeitraum Januar bis Mai 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 19,3 % verringert, meldet die zentrale Dienstverwaltung des Energiebrennstoffsektors in einer kürzlich veröffentlichten Zusammenstellung. Bei dem wichtigsten Abnehmer turkmenischen Gases, der Ukraine, ist der Verbrauch von 40 auf 22 Mrd. m³ im Jahr gesunken. Und auch die Exportmengen nach Europa fallen (nach der o.g. Übersicht sanken die von Gazprom gelieferten Exporte im ersten Quartal um 39 %). Die europäischen Kunden verzichteten im großen Stil auf teures russisches Gas und steigen stattdessen auf SWAP-Verträge mit norwegischen und algerischen Produzenten um.

[...]

Der stellvertretende Aufsichtsratschef von Gazprom unterstrich, dass die Entscheidung, die Lieferung von Gas völlig einzustellen, von den turkmenischen Kollegen getroffen worden sei – die russische Seite hätte nur eine Begrenzung von 27 Mio. m³ am Tag eingeführt. »Ich denke, dass die Arbeit in allernächster Zukunft fortgesetzt wird. Wir werden vernünftige und für beide Seiten vorteilhafte Interessen finden«, ist Golubjow überzeugt.

Indessen betrug nach den Angaben von East European Gas Analysis die durchschnittlichen täglichen Fördermengen von Turkmenistan nach Russland im Jahr 2008 115 Mio. m³. Das heißt, dass man Aschchabad eine Senkung des Exports um mehr als 75 % vorgeschlagen hat. Das Interesse von Gazprom, einen substantiellen Teil der durch den gesunkenen Verbrauch entstandenen Verluste auf die turkmenischen Partner umzulegen, kann man natürlich als vernünftig bezeichnen – aber auf gar keinen Fall als für beide Seiten vorteilhaft.

Das Rohr hat es weggeblasen

Das erste Signal, dass Gazprom nicht weiß, wohin unter den neuen ökonomischen Bedingungen mit dem vertraglich gesicherten turkmenischen Gas, ertönte bereits zu Beginn des Frühjahrs. Am 15. März unterzeichneten der russische Energieminister, Sergej Schmatko, und der iranische Ölminister, Gholamkhosseïn Nosari, ein Memorandum, das die Option enthielt, zuvor von Turkmenistan gekauftes Gas durch Gazprom in den Norden Irans zu liefern. [...]

Übrigens wurden Probleme zu diesem Zeitpunkt kategorisch dementiert. Auf eine Anfrage der Zeitung Respublika an den Pressedienst des Konzerns erhielten wir die Antwort, dass es keine Probleme mit dem Export turkmenischen Gases gäbe und dass das Abkommen mit Iran lediglich Teil einer Politik zur Erschließung neuer Märkte sei. Doch weniger als einen Monat später gingen diese Argumente zusammen mit dem Abschnitt der Pipeline »Mittelasien-Zentrum« zu Bruch. Am 9. April hielten, nachdem Gazprom die Entnahme von Gas abrupt gesenkt hatte, die alten Rohre dem steigenden Druck nicht stand und es kam zu einer Explosion. Von turkmenischer Seite wird zudem versichert, dass man über die bevorstehende Absenkung zuvor nicht informiert worden war und die gesamte Schuld für das Geschehene deshalb Gazprom anzulasten sei. Die russischen Kollegen sind mit dieser Version selbstverständlich nicht einverstanden.

Nun ist die Pipeline wieder hergestellt und zur Inbetriebnahme bereit, doch die Wiederaufnahme der Lieferungen sei Objekt kommerzieller Verhandlungen, erklärte letzte Woche der Direktor des geologischen Instituts des Staatsunternehmens »Turkmengeologija«, Odek Odekow. Sollten die Gespräche erfolgreich verlaufen, werde Turkmenistan nicht einmal Anklage gegen Russland vor einem internationalen Gericht erheben, sondern lediglich eine Entschädigung für die ihm entstandenen Verluste fordern (einer inoffiziellen Schätzung nach 200 bis 300 Mio. US-Dollar). Die Stellungnahme Golubjows war ganz offensichtlich die Antwort.

Gemeinsam ist es eng, getrennt langweilig

»Die Ereignisse sind als ein Element des Schacherns zu sehen«, ist der Chef der Analyse-Abteilung des Unternehmens Brokernkreditservis, Maksim Schein, überzeugt. Der turkmenische Präsident, Gurbanguly Berdymuchammedow, wiederholt immer wieder, dass sein Land die Zahl der Abnehmer für sein Gas erhöhen wolle, vor allem durch Ausweitung der Kontakte nach China. [...]

Es versteht sich von selbst, dass solche Dinge, wie die Kontakte Aschchabads zum deutschen Konzern RWE, der auch am Nabucco-Projekt beteiligt ist, in Moskau nicht gerade Begeisterung auslösen. »Ohne zentralasiatisches Gas eine Balance herzustellen, wird Gazprom nicht leicht fallen«, erklärte Maksim Schein der Respublika. »Deshalb ist Russland zweifellos an den bestehenden Handelsbeziehungen mit Turkmenistan, dem größten Gasproduzenten der Region, interessiert.« Damit aber die dortige Führung gesprächsbereit bleibe, müsse man sie auf den Boden der Tatsachen zurück holen und die mögliche Alternative zeigen. Das geschehe gerade.

Gazprom hält derzeit das Monopol auf den Aufkauf turkmenischen Gases, deshalb befindet sich Turkmenistan in einer denkbar schwierigen Lage«, hebt der Direktor der Abteilung Due Diligence NKG »2K Audit — Geschäftliche Konsultationen«, Aleksandr Schtok, hervor. »Einerseits ist das Land den langen und schweren Weg zu Marktpreisen gegangen und möchte deshalb die Latte nicht tiefer legen. Andererseits könnte Turkmenistan angesichts der immer schwieriger werdenden Umstände darauf eingehen, die Liefermenge zu drosseln, um nicht die Preise senken zu müssen.« Wie sein Kollege von Brokernkreditservis ist auch Schtok davon überzeugt, dass ein weiteres Hinauszögern einer Lösung niemandem nützt. »Wahrscheinlich«, so sagt er, »werden Aschchabad und Gazprom gezwungen sein, einen Kompromiss zu finden.«

[...]

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Berdymuchammedows Wahl

Turkmenistan bittet um einen chinesischen Kredit, um die Unterbrechung der Gasverkäufe nach Russland zu überbrücken

Wremja Nowostej Nr. 98, 8.6.2009

<http://www.vremya.ru/2009/98/8/230772.html>

Von Alexej Griwatsch

Die eigentümliche Politik Russlands im Gasgeschäft mit Zentralasien hat dazu geführt, dass Aschchabad in Zeiten der Verschärfung der Beziehungen zu Moskau finanzielle Unterstützung von Seiten Pekings gefunden hat. Auf einer Kabinettsitzung, die Präsident Berdymuchammedow am Samstag leitete, verkündete der Vize-Premierminister für Energieressourcen, Tatschberdy Tagyjew, dass es während seines Besuches in China gelungen sei, sich über einen zweckgebundenen Kredit in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar zur industriellen Erschließung der Gaslagerstätte Juschnyj Jeloten zu einigen.

In Anbetracht der Tatsache, dass Aschchabad bereits seit zwei Monaten praktisch kein Gas mehr exportiert und entsprechend Einnahmen fehlen, wird die chinesische Unterstützung mehr als gelegen gekommen sein, um die unerwartete Lücke im Staatshaushalt zu schließen. China hat im Gegenzug seine Position im Konkurrenzkampf um zentralasiatisches Gas gestärkt. Der Bau einer Gaspipeline mit einer Kapazität von 30 Mrd. m³ im Jahr (und der Möglichkeit einer weiteren Anhebung auf 40 Mrd. m³) aus Turkmenistan nach China läuft bereits auf Hochtouren. Sie soll bereits Anfang des kommenden Jahres in Betrieb genommen werden, womit das russische Monopol auf den Aufkauf großer Mengen turkmenischen Gases entfallen wird.

Doch die russische Führung und Gazprom verhalten sich so, als ob dies niemals eintreten würde. Zuerst erklärte der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Konzerns, Walerij Golubjow, dass der Rückgang der Nachfrage Gazprom zwingt, Turkmenistan entweder die Senkung der Liefermenge oder des Preises vorzuschlagen. Am vergangenen Freitag räumte der russische Vize-Premierminister für Energieressourcen, Igor Setschin, dann Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Lieferungen ein, nicht ohne sich dabei eine Äußerung zu erlauben, die man sich in Turkmenistan merken wird. »Wir haben uns nicht (mit Turkmenistan – Anm. der Red.) gestritten. Die

Situation wurde kritisch durch den Zusammenbruch des Markts, nicht jedoch durch irgendwelche Maßnahmen von Seiten Gazproms«, erklärte er auf dem St. Petersburger Wirtschaftsforum. »Dies sollte man in Turkmenistan verstehen. Und wenn man es versteht, werden wir normale Beziehungen haben.«

Der turkmenische Führer antwortete Moskau seinerseits mit dem chinesischen Kredit und zeigte damit, dass er sich auch ohne russische Gasdollar über Wasser halten kann. Der Präsident Turkmenistans scheint sich – allen Anzeichen nach – seiner Position sicher zu sein und schneidet das Thema der Unterbrechung der turkmenischen Gaslieferungen nicht mehr weiter an. In seinen Äußerungen zum Ergebnis der Gespräche, die in der letzten Woche mit dem Vize-Premierminister und Gazprom-Aufsichtsratschef Wiktor Subkow geführt wurden, fand sich kein Wort zur derzeitigen angespannten Situation – lediglich Beteuerungen der strategischen Partnerschaft und der persönlichen und vertrauensvollen Beziehungen der Staatsschefs.

Aber dennoch, so meldet die staatliche turkmenische Nachrichtenagentur, verkündete Berdymuchammedow am vergangenen Wochenende, dass es »unabdingbar sei, ein besseres System für den Verkauf turkmenischer Energieträger an ausländische Kunden auszuarbeiten und es mit der allgemein üblichen internationalen Praxis abzustimmen.« Er unterstrich zudem, dass die »Diversifizierung der Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen das grundlegende Prinzip der Energiepolitik Turkmenistans ist, und es folglich die Kooperation mit weltweit führenden Energiemächten und großen Unternehmen intensivieren wird.«

[...]

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Die turkmenische Achse

Internetjournal Oasis Nr. 11 (103), Juni 2009

www.ca-oasis.info/oasis/?jrn=107&id=802

Von Alty Begmuradow

Turkmenistan ist einer Entscheidung schon sehr nahe, die bis vor kurzem nur in Albträumen von Experten und der Führung von Gazprom aufgetaucht sein dürfte. Im Übrigen auch in denen der gesamten russischen Führung, die im Laufe der letzten 10 Jahre in sorgfältigster Weise ihr Gasimperium aufgebaut hat.

[...]

Die turkmenische Führung erwartete bis zuletzt konkrete Schritte von russischer Seite, Investitionen und technische Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer Förder- und Transportinfrastruktur in Turkmenistan eingeschlossen. Doch der großmachtpolitische Ansatz der russischen Regierung und die himmelschreiende Inkompetenz der Gazprom-Führung haben sämtliche früheren Abmachungen durchkreuzt. Und Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow hat sich entschieden, zielstrebig vorzugehen.

Zunächst wurde beschlossen, die Kapazität der Gaspipeline nach China zu erhöhen. Darüber hinaus wurde der turkmenische Vize-Premierminister Tagyjew zu Verhandlungen nach China geschickt. Er brachte aus Peking das Einverständnis der chinesischen Führung mit, 3 Mrd. US-Dollar in die Erschließung einer der weltweit größten Gaslagerstätten, Juschnyj Jeloten, und die Schaffung einer entsprechenden Transportinfrastruktur auf turkmenischem Territorium zu investieren. Und das zusätzlich zu der bereits zu 80 % fertig gestellten Gaspipeline, die am Beginn des Jahres 2010 in Betrieb gehen soll.

Gleich nach dem faktischen Scheitern der Verhandlungen mit der russischen Seite im April dieses Jahres hatte Turkmenistan auch seine Bemühungen in westlicher Richtung mit Nachdruck aktiviert. Hohe turkmenische Beamte nahmen an einer Reihe von Gesprächen über eine konkrete Beteiligung an der Realisierung des »Südlichen Energiekorridors« inklusive des Baus von »Nabucco« und der Transkaspischen Pipeline teil. Die EU versuchte ihrerseits, maximalen Nutzen aus der Situation zu schlagen. Das Europäische Parlament hob auf Druck der EU-Kommission das Verbot auf, Handelsabkommen mit Turkmenistan zu schließen. Es hatte seit elf Jahren bestanden und war wegen des völligen Fehlens von Demokratie im Land und den massenhaften Menschenrechtsverletzungen beschlossen worden. Sofort unterschrieb der deutsche Konzern RWE, obendrein auch Mitglied des Nabucco-Konsortiums, mit der turkmenischen Führung ein Memorandum über eine zukünftige Zusammenarbeit.

In der Folge erwiesen verschiedene (nicht nur) europäische Strukturen der turkmenischen Führung ihre Referenz. Damit sollte die Bereitschaft des Westens demonstriert werden, vor Demokratie- und Menschenrechtsdefiziten sowie dem eigentümlichen Modell des Aufbaus der turkmenischen Wirtschaft, das ein archaisches Instrument direkter Machtausübung des Staates in allen ihren Bereichen darstellt, die Augen zu verschließen. Der Generalsekretär der OSZE, Marc Perrin de Brichambaut, nimmt persönlich an der Konferenz »Verlässlicher und stabiler Transport von Energieträgern und seine Rolle für die Sicherung nachhaltiger Entwicklung und internationaler Zusammenarbeit« teil, die in Aschchabad stattfindet. Eine Delegation des IWF erklärt, dass die Wirtschaft Turkmenistans nicht unter der globalen Wirtschaftskrise gelitten habe. Der Sonderbeauftragte des US-Außenministeriums, Morningstar, erklärt während seiner Besuche in Aschchabad und Baku die vollständige Unterstützung der US-Administration für Projekte Turkmenistans, die Weltmärkte mit seinen Energieressourcen zu beliefern. In einem Satz: Das gesamte politische Präludium, um Turkmenistan zum vollwertigen Teilnehmer des Projekts »Südlicher Energiekorridor« zu erklären, hat bereits stattgefunden. Und an der festen Absicht aller Beteiligten, diesen Prozess bis zu seiner konkreten Durchführung zu bringen, zweifelt niemand mehr.

Auf diese Weise rückt die Etablierung einer transkontinentalen Energieachse in greifbare Nähe. Ihr östlicher Teil (die Pipeline nach China) befindet sich kurz vor der Fertigstellung. Der Konstruktion des westlichen Teils stehen keine ernsthaften Hindernisse mehr im Weg, weder politische noch finanzielle. Und als Endergebnis der Realisierung aller Komponenten dieser Achse wird Turkmenistan darin die zentrale Stellung einnehmen. [...]

Aus dem Russischen von Henryk Alff

Chronik
Vom 23. Mai bis 19. Juni 2006
Kasachstan

23.5.2009	Kasachstan und Russland unterzeichnen ein Protokoll über den Austausch einzelner grenznaher Abschnitte von Bahnstrecken. Die Kosten für den grenzüberschreitenden Güterverkehr sollen so gesenkt werden.
24.5.2009	Der ehemalige Chef des Staatskonzerns Kazatomprom, Mughtar Dschakijew, und einige seiner engsten Mitarbeiter werden von Beamten des Geheimdienstes KNB festgenommen.
25.5.2009	Finanzminister Bolat Schamischew erklärt, dass die Umstrukturierung der Auslandsschulden der zuletzt zahlungsunfähigen Großbanken BTA und Alliance bis zum August abgeschlossen sein soll.
26.5.2009	Kasachstan versetzt seine Grenztruppen nach den Vorfällen in Andischan in erhöhte Alarmbereitschaft.
26.5.2009	Wie KazTAG unter Berufung auf die Generalstaatsanwaltschaft mitteilt, soll die Verbreitung, nicht aber die Lektüre des in Deutschland erschienenen Buches von Rachat Alijew (The Godfather-in-Law) unter Strafe gestellt werden.
26.5.2009	Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Knut Vollebaek, unterstützt Präsident Nursultan Nasarbajews Idee, die Rolle der nationalen Minderheiten im Parlament zu stärken.
26.5.2009	Aufgrund der Schließung des Grenzübergangs Machtaaral für den Güterverkehr durch kasachstanische Grenzbeamte kommt es auf usbekischer Seite zum Stau von Güterzügen. Interfax bringt die die Schließung mit der fehlenden Nennung des Übergangs in einem bilateralen Abkommen in Zusammenhang.
27.5.2009	Ex-Kazatomprom-Chef Dschakijew wird des illegalen Verkaufs von Anteilen an großen Uranlagerstätten beschuldigt, meldet RIA Nowosti unter Berufung auf den Pressedienst des KNB.
27.5.2009	In einem offenen Brief an Präsident Nasarbajew bitten Wirtschaftsvertreter um die Offenlegung der Ermittlungen im Fall Dschakijew.
28.5.2009	Der oppositionelle Journalist und Herausgeber der Zeitung Tasschangan, Jermurat Bali, wird wegen einer Herzattacke in ein Krankenhaus eingeliefert. Sein Anwalt vermutet, dass die Verschlechterung des Gesundheitszustandes seines Mandanten in Verbindung mit einem Gerichtsurteil stehe, das ihm die Zahlung von 30 Mio. Tenge (203.300 US-Dollar) auferlegt.
28.5.2009	Ein Gericht in der Stadt Pawlodar verurteilt ein mutmaßliches Mitglied der Organisation Hizb ut-Tahrir zu 3 Jahren Haft.
28.5.2009	Der Chef der BTA Bank, Anwar Saidenow, hofft nach der Restrukturierung der Schulden auf eine Rückkehr der Anleger. Im Februar hatte die einst drittgrößte Bank der GUS nach ihrer Verstaatlichung mehrere hundert Mio. US-Dollar verloren, weil die Kunden ihr Geld von der Bank abgezogen hatten.
29.5.2009	Die im Rahmen des Anti-Krisen-Programms der Regierung bereitgestellten 117 Mrd. Tenge (792,9 Mio. US-Dollar) wurden von den Geschäftsbanken des Landes vollständig als Kredite an KMUs ausgezahlt, erklärt das Aufsichtsratsmitglied von SamrukKasyna, Kairat Aitekenow.
1.6.2009	Vize-Premierminister Umirsak Schukejew erklärt, dass die Zollunion von Kasachstan, Belarus und Russland ab dem 1. Juli 2011 voll in Kraft treten werde.
3.6.2009	Der stellvertretende Direktor der Agentur für Statistik, Nurman Bajanow, wird unter dem Verdacht der Hinterziehung von für die Durchführung der Volkszählung im Februar/März dieses Jahres bestimmten Haushaltsmitteln festgenommen.
3.6.2009	Die Berufungsinstanz eines Gerichtes in Almaty bestätigt das Urteil gegen den Chefredakteur der Zeitung Tasschangan, Jermurat Bali, über Zahlung von 30 Mio. Tenge an einen Abgeordneten.
3.6.2009	Der Geschäftsführer der Organisation Human Rights Watch, Kenneth Roth, erinnert bei einem Treffen mit Journalisten daran, dass Kasachstan noch sieben Monate Zeit hätte, um die Menschenrechtssituation auf OSZE-Standard zu bringen.
3.6.2009	Präsident Nasarbajew fordert im Gespräch mit Generalstaatsanwalt Kairat Mami die strenge Einhaltung der Gesetze bei den Ermittlungen gegen die Ex-Manager von Kazatomprom.
3.6.2009	In einem Bericht der Weltbank wird ein Sinken des Wasserspiegels des Kaspischen Meeres um bis zu 6 m bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts aufgrund des Klimawandels befürchtet.

3.6.2009	Auch der zweite wichtige Grenzübergang zu Usbekistan wird für den Eisenbahngüterverkehr geschlossen. Besonders der Export von Weizenmehl nach Usbekistan und Afghanistan wird damit stark behindert, berichtet Kazakhstan-Today.
4.6.2009	RFE/RL meldet, dass mit Birlik Mendybajew ein weiterer stellvertretender Chef der Agentur für Statistik sowie andere führende Mitarbeiter von Staatsunternehmen und Behörden wegen Vorwürfen von Hinterziehung von Haushaltsgeldern und Korruption festgenommen wurden.
5.6.2009	Die BTA Bank meldet auf ihrer Website für das Jahr 2008 Netto-Verluste in Höhe von 7,9 Mrd. US-Dollar. Das Nachrichtenmagazin vox populi spricht von 260 Mrd. Tenge (1,76 Mrd. US-Dollar) Verlust allein in den zwei Monaten nach der Verstaatlichung im Februar 2009.
5.6.2009	In Astana trifft Verteidigungsminister Danijal Achmetow mit einer Delegation des israelischen Verteidigungsministeriums zusammen. Auf der Tagesordnung steht insbesondere die Reparatur von Israel gelieferter fehlerhafter Militärtechnik.
8.6.2009	Präsident Nasarbajew zeigt sich nach einem Vortrag von Premierminister Karim Massimow zufrieden mit dem Stand der Realisierung des Anti-Krisen-Programms der Regierung, berichtet KazTAG.
8.6.2009	Präsident Nasarbajew hat die Regierung und SamrukKasyna angewiesen, Gelder zur Fertigstellung von Objekten des anteiligen Wohnungsbaus schneller freizugeben.
8.6.2009	Premierminister Massimow reist zu Gesprächen im Rahmen der EurasEC und der geplanten Zollunion zwischen Kasachstan, Russland und Belarus nach Moskau. Ein Treffen mit dem russischen Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedjew ist ebenfalls vorgesehen.
9.6.2009	Nach der Explosion eines Munitionsdepots der Streitkräfte im Gebiet Almaty müssen Anwohner evakuiert werden, RIA Nowosti meldet ein Todesopfer.
9.6.2009	Der stellvertretende Landwirtschaftsminister, Arman Jewnijew, erklärt, dass Kasachstan im vergangenen Jahr (2008/2009) 5,2 Mio. t Getreide exportiert hat.
9.6.2009	Der Vorsitzende des Senats, Kasymschomart Tokajew, diskutiert mit dem Chef der parlamentarischen Versammlung der OSZE, Joao Soares, den Stand der Vorbereitungen des OSZE-Vorsitzes Kasachstans.
10.6.2009	Belarus ist bereit, die Beziehungen zu Kasachstan weiter zu vertiefen, erklärt Präsident Aleksandr Lukaschenko bei einem Treffen mit Premierminister Massimow in Moskau.
10.6.2009	Das EastWest Institute verleiht Präsident Nasarbajew seinen diesjährigen Friedenspreis.
10.6.2009	Das Zink-Kombinat des Konzerns Kasachmys in der Stadt Balchasch wird wegen geringer Nachfrage auf unbestimmte Zeit stillgelegt.
11.6.2009	Der Senat beschließt in erster Lesung die umstrittenen Gesetzesänderungen zu Internet und Online-Medien.
11.6.2009	Der Abgeordnete des Senats, Gani Kasymow, zweifelt aufgrund der finanziellen Unregelmäßigkeiten in der Agentur für Statistik die vorläufigen Ergebnisse der diesjährigen Volkszählung an. Die Behörde weist die Vorwürfe zurück.
11.6.2009	Im Schacht Schomart des Bergbaukonzerns Kasachmys sterben zwei Bergleute durch herab fallendes Gestein.
12.6.2009	Bei einer Sitzung des Rats ausländischer Investoren in der Stadt Kostanai fordert Präsident Nasarbajew diese auf, sich wieder stärker in Kasachstan, insbesondere in der Landwirtschaft und bei erneuerbaren Energien, zu engagieren.
12.6.2009	In Astana wird ein Abkommen zur Gründung einer islamischen Bank mit den Vereinigten Arabischen Emiraten unterzeichnet, berichtet Kazakhstan-Today. Nationalbankchef Grigorij Martschenko rechnet 2009 noch mit drei bis vier Gründungen solcher Banken in Kasachstan.
12.6.2009	Der Vize-Präsident von Kazatomprom, Sergej Jaschin, bestätigt Berichte über die Streichung von 15 % der Arbeitsplätze und Gehaltskürzungen um 30 %.
13.6.2009	Im Zusammenhang mit dem Verdacht der Hinterziehung von für die Volkszählung vorgesehenen Haushaltsgeldern wird nun auch die Festnahme des Unternehmers und stellvertretenden Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer, Serik Turschanow, bestätigt.
13.6.2009	Im Gebiet Almaty kommt es zu einem Erdbeben, die schwersten Schäden entstehen dabei in der Industriestadt Tekeli, 200 km nordöstlich von Almaty.
14.6.2009	Der ehemalige Chef der BTA Bank, Muchtar Abljasow, warnt ausländische Investoren vor einem Engagement in Kasachstan, meldet die britische Times Online.
14.6.2009	Präsident Nasarbajew nimmt an einer Sitzung des CSTO in Moskau teil.

15.6.2009	Premierminister Massimow erklärt auf einer Pressekonferenz, dass Kasachstan trotz Wirtschaftskrise keine Kredite vom IWF benötige.
15.6.2009	Präsident Nasarbajew fordert auf dem SCO-Gipfel im russischen Jekaterinburg die Organisation auf, sich stärker bei der Stabilisierung Afghanistans zu engagieren.
16.6.2009	In Astana hat der Prozess gegen Ex-Umweltminister Nurlan Iskakov wegen des Verdachts der Hinterziehung von Haushaltsgeldern begonnen.
16.6.2009	Die Allgemein-nationale Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei und die nicht registrierte Partei »Alga« (Vorwärts) wollen sich zum Block »Für ein gerechtes Kasachstan!« zusammenschließen.
17.6.2009	Bei einem Besuch des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva in Astana spricht sich Präsident Nasarbajew für eine Vertiefung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie der politischen Zusammenarbeit aus.
17.6.2009	Parlamentsabgeordnete fordern die Aussetzung des Moratoriums von Einstellungen in den Staatsdienst. Den 180.000 diesjährigen Studienabgängern, darunter Absolventen des Stipendienprogramms »Bolaschak«, würde dadurch der Einstieg in den Arbeitsmarkt verwehrt.
18.6.2009	Verteidigungsminister Achmetow wird im Zusammenhang mit den Anti-Korruptions-Maßnahmen in seinem Ministerium nach der Entlassung seines Stellvertreters im April entlassen. Nachfolger ist Muchtar Altynbajew.
19.6.2009	Nach der Lösung von Finanzproblemen kann Team Astana mit Lance Armstrong nun doch an der Tour de France teilnehmen.
19.6.2009	Das Zentrum für den Kampf gegen Korruption bei der Regierungspartei Nur Otan schlägt vor, dass alle Staatsbediensteten des Landes einen Sticker mit der Aufschrift »Ich bin gegen Korruption« tragen sollen.

Kirgistan

25.5.2009	Die zentrale Wahlkommission verweigert Omurbek Bolturukow die Registrierung als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen, weil er nicht rechtzeitig seinen Wahlfonds eingerichtet hat.
25.5.2009	Das Innenministerium widerspricht Befunden des US State Department, dass die Zahl der Anhänger von Hizb ut-Tahrir in Kirgistan sich zwischen 2006 und 2008 von 5000 auf 15.000 verdreifacht habe. Tatsächlich liege die Zahl unter 2.000 mit sinkender Tendenz.
25.5.2009	Vize-Premierministerin Uktomchan Abdullajewa und die Direktorin des Sozialfonds Tadschikan Kalimbetowa teilen auf einer Pressekonferenz mit, dass die Durchschnittsrente ab Juli 2009 um ca. 50 % angehoben wird.
26.5.2009	Der türkische Präsident Abdullah Gül trifft zu einem Staatsbesuch in Bischkek ein. Es sind Treffen mit Präsident Kurmanbek Bakijew und Parlamentariern vorgesehen.
26.5.2009	Juruslan Istanow zieht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen zurück.
26.5.2009	Präsident Bakijew legt erfolgreich den Sprachtest für Präsidentschaftskandidaten ab.
26.5.2009	Bei einem Runden Tisch über Verbesserungen der Ehegesetzgebung in Osch wird geschätzt, dass über 60 % der kirgisischen Frauen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren die Ehe infolge von Brautraub eingehen (müssen).
27.5.2009	Außenminister Kadyrbek Sarbajew diskutiert bei einem Treffen mit französischen Parlamentariern die gegenwärtigen kirgisisch-französischen Beziehungen.
27.5.2009	Es wird bekannt, dass nach einem Abkommen mit Saudi-Arabien 4.500 kirgisische Gläubige in diesem Jahr die Wallfahrt nach Mekka antreten können.
27.5.2009	In Reaktion auf usbekische Vorwürfe erklären die kirgisischen Grenztruppen, dass die Situation an den Grenzen ruhig sei und sie ordnungsgemäß ihren Aufgaben nachgingen.
28.5.2009	Die EU äußert sich beunruhigt über die in der offiziellen Einladung der zentralen Wahlkommission an internationale Organisationen vorgeschlagene Beschränkung der Zahl der Wahlbeobachter.
29.5.2009	Das Parlament wendet sich an die Volksvertretung Usbekistans mit der Aufforderung, sich mit den häufigen Zwischenfällen an der gemeinsamen Grenze zu befassen.
31.5.2009	Kutmanbek Jeschenbajew und Asamat Ulamajew müssen nach Nichtbestehen des Sprachtests ihre Bewerbung für die Nominierung bei den Präsidentschaftswahlen zurückziehen.

31.5.2009	Ein geplanter Kongress der Vereinigten Opposition in Tjup wird wegen Protesten der Bevölkerung nach Balykschy (beide im Gebiet Issyk-Kul) verlegt, aber auch dort durch Festnahmen und Protestaktionen verhindert.
1.6.2009	Die russische Regierung stimmt Veränderungen des Abkommens über die russische Luftwaffenbasis in Kant zu, u. a. wird die Dauer der Stationierung auf 49 Jahre verlängert.
1.6.2009	Erdbeben infolge schwerer Regenfälle zerstören Häuser und Straßen in mehreren Bezirken des Gebiets Batken.
2.6.2009	Dschanibek Sujunalijew zieht seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen zurück.
2.6.2009	Trotz des regnerischen Frühjahrs ist die Wassermenge im Toktogul-Stausee niedriger als im Vorjahr.
3.6.2009	Die Regierung bekräftigt gegenüber Interfax, dass der Termin für den Abzug der amerikanischen Truppen vom Manas-Flughafen nicht verschoben werde.
3.6.2009	Die Zentrale Wahlkommission und Vertreter von NGOs unterzeichnen ein Memorandum zur Sicherstellung fairer und demokratischer Präsidentschaftswahlen.
4.6.2009	Kirgisische Bewohner des Dorfes Tschek senden einen Appell an Präsident Bakijew, in dem sie ihn auffordern, die Rückgabe ihres Landes von Usbekistan zu fordern.
4.6.2009	An der Grenze zu Tadschikistan werden bis auf weiteres Spezialgrenztruppen stationiert.
5.6.2009	Die Nachrichtenagentur 24.kg meldet unter Berufung auf das Finanzministerium, dass Kirgistan am 1.5.2009 2,35 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden hatte.
5.6.2009	Ein Gericht im Gebiet Tschui verurteilt Omurbek Osmonow für den Verkehrsunfall, bei dem u. a. der Chef der Präsidentenadministration Medet Sadyrkulow am 13. März 2009 ums Leben gekommen war, zu 12 Jahren Haft in einem Straflager.
5.6.2009	Es wird bekannt, dass der afghanische Präsident Hamid Karzai seinen Amtskollegen Bakijew in einem Brief gebeten hat, den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt nicht zu schließen.
5.6.2009	Der stellvertretende Chefredakteur der oppositionellen Zeitung Atschyk Sajasat (dt. Offene Politik), Abduwachab Monijew, wird am Nachmittag von vier jungen Männern bewusstlos geschlagen.
6.6.2009	Außenminister Sarbajew trifft mit Prinz Rahim Aga Khan, dem ältesten Sohn des Aga Khan, zu Gesprächen über die Realisierung von Projekten des Aga Khan Development Network zusammen.
7.6.2009	An der Grenze zu Usbekistan im Gebiet Osch wird ein junger Mann beim illegalen Grenzübertritt von usbekischen Grenzern erschossen.
8.6.2009	Außenminister Sarbajew sagt in einem Interview mit der japanischen Zeitung The Daily Yomiuri, dass sein Land gegen eine noch auszuhandelnde hohe finanzielle Kompensation bereit sei, den USA einen Stützpunkt für den Transit von Gütern nach Afghanistan zur Verfügung zu stellen.
8.6.2009	Joao Soares, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, trifft zu Gesprächen mit Präsident Bakijew, Außenminister Sarbajew und dem Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Damir Lisowkij, in Bischkek ein.
8.6.2009	Kirgistan bewirbt sich offiziell um die Mitgliedschaft in der Zollunion der EurasEC (Belarus, Kasachstan, Russland).
9.6.2009	Das Wahlbüro des Oppositionskandidaten Almasbek Atambajew plant eigene Wählerlisten anzulegen, nachdem Stichproben Fehler in den offiziellen Listen ergeben hätten, berichtet fergana.ru.
10.6.2009	Präsident Bakijew schlägt im Gespräch mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Soares, vor, die Zahl der internationalen Wahlbeobachter zu verdoppeln, um größtmögliche Offenheit und Transparenz der Präsidentschaftswahlen sicherzustellen.
10.6.2009	Der chinesische Vize-Premierminister Wang Qishan, der sich im Rahmen des 8. Treffens der gemeinsamen Kommission für Wirtschafts- und Handelskooperation in Bischkek aufhält, äußert die Hoffnung auf eine vertiefte Kooperation beider Länder.
10.6.2009	Ein Gericht in Bischkek verurteilt vier der Ermordung des stellvertretenden Chefs der Abteilung gegen den Drogenhandel des Innenministeriums, Anwar Alijew, im Jahr 2008 angeklagte Männer zu lebenslänglicher bzw. 25-jährigen Haftstrafen.
10.6.2009	Bei der Vorstellung eines Konzeptes für eine Bildungsreform beklagt Präsident Bakijew eine ständige Verschlechterung im Bildungsbereich.
10.6.2009	Die Vorsitzende der Liga für die Rechte des Kindes, Nasgul Turdubekowa, beklagt Gewalt und schlechte Behandlung in Waisenhäusern.

11.6.2009	Präsident Bakijew erhält einen Brief des US-Präsidenten Barack Obama, in dem es um den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Manas geht.
11.6.2009	Präsident Bakijew regt an, einen Film über die Geschichte des kirgisischen Volkes zu drehen, um dem Vergessen der Vergangenheit der Kirgisen, wie der Nomaden allgemein, entgegenzuwirken.
14.6.2009	Präsident Bakijew trifft am Abend mit seinem usbekischen Kollegen Islam Karimow zu einem Meinungsaustausch über die bilateralen Beziehungen zusammen. Beide Seiten bekräftigen im Anschluss ihr Interesse am Bau einer Eisenbahnlinie von Usbekistan durch Kirgistan nach China.
15.6.2009	Der chinesische Präsident Hu Jintao äußert in einem Gespräch mit Präsident Bakijew die Absicht seines Landes, Kirgistan 80 Mio Yuan (11,9 Mio. US-Dollar) zur Verfügung zu stellen.
15.6.2009	Die Zentrale Wahlkommission teilt mit, dass Akbaraly Aitikejew nicht die erforderliche Zahl von 50.000 Unterschriften vorlegen konnte und daher von der Liste der Kandidaten für die Präsidentenwahl gestrichen wurde.
15.6.2009	Das Parlament bestätigt den Vorvertrag über den Verkauf von KirgizGaz an die russische Gazprom.
16.6.2009	In Tscholpon Ata findet das reguläre jährliche Treffen der Zwischenregierungscommission von TRACECA (Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia) statt. Kirgistan übernimmt den turnusmäßigen Vorsitz von Kasachstan.
16.6.2009	Premierminister Igor Tschudinow hält sich zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Kasachstan auf.
16.6.2009	Der stellvertretende Industrie- und Energieminister, Akylbek Tumenbajew, erklärt, dass die Regierung für die Finanzierung des Baus des Kambarata-2-Wasserkraftwerkes die Einrichtung einer offenen Aktiengesellschaft plant.
16.6.2009	Mitarbeiter des public liaison office des Präsidenten besuchen Kirgisen, die in zwischen Usbekistan und Kirgistan umstrittenen Grenzabschnitten im Gebiet Dschalalabad leben und durch die neuen usbekischen Grenzbefestigungen unter Druck geraten sind.
17.6.2009	Präsident Bakijew empfängt den IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn.
17.6.2009	Mit Ablauf der Registrierungsfrist sind letztlich 6 Kandidaten für die Präsidentschaftswahl nominiert (Almasbek Atambajew, Kurmanbek Bakijew, Nurlan Motujew, Jenischbek Nasaralijew, Temir Sarijew und Toktaim Umetalijewa).
18.6.2009	Miklos Haraszi, der Medien-Beauftragte der OSZE, fordert die kirgisische Führung auf, Maßnahmen gegen die wiederholten Angriffe auf Journalisten zu ergreifen.
18.6.2009	Die japanische Regierung hat 2,7 Mio. US-Dollar für die Ausbildung von Beamten bereit gestellt.
18.6.2009	Kirgistan ersucht Usbekistan offiziell um die Auslieferung zweier kirgisischer Staatsbürger, die im Mai wegen illegalen Grenzübertritts verhaftet worden waren.
19.6.2009	Ein Parteitag von Ar-Namys, der Partei von Feliks Kulow, beschließt, bei den Präsidentschaftswahlen den amtierenden Präsidenten Bakijew zu unterstützen.

Tadschikistan

23.5.2009	Im Gebiet Sogd beginnt eine großangelegte Aktion gegen den Drogenhandel.
23.5.2009	Außenminister Hamrochon Zarifi unterzeichnet in Damaskus die neue Charta der Organisation der Islamischen Konferenz.
26.5.2009	Die Bauarbeiten am Sangtuda-1-Wasserkraftwerk ruhen seit dem frühen Morgen wegen fehlenden Geldes für Treib- und Schmierstoffe.
26.5.2009	Präsident Emomali Rachmon empfängt eine Gruppe hochrangiger OSZE-Repräsentanten, die aus Anlass der Eröffnung einer von der Organisation finanzierten Ausbildungseinrichtung für Grenzmanagement in Duschanbe weilen.
26.5.2009	Der Kurs des Somoni fällt gegenüber dem US-Dollar innerhalb eines Tages um 6 %.
27.5.2009	Präsident Rachmon empfängt den kasachstanischen Verteidigungsminister Danijal Achmetow zu Gesprächen über den Ausbau der militärisch-technischen Zusammenarbeit. Achmetow erklärt die Bereitschaft seines Landes, tadschikisches Militär auszubilden.
27.5.2009	Zarif Alisoda wird auf Vorschlag von Präsident Rachmon von der unteren Parlamentskammer zum ersten Ombudsmann Tadschikistans ernannt.
27.5.2009	Zwischen der tadschikischen Regierung und der EU-Kommission wird ein Abkommen über Unterstützung von Reformen im Gesundheitssektor in Höhe von 1 Mio. Euro unterzeichnet.

28.5.2009	Der türkische Präsident Abdullah Gül trifft zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Duschanbe ein.
28.5.2009	Der Exekutivrat der UNDP verabschiedet das Landesprogramm Tadschikistan (2010–2015), mit dem die Regierung bei der Lösung der sozioökonomischen Probleme und der Übergang zu einer sozial orientierten Marktwirtschaft unterstützt werden soll.
29.5.2009	In Duschanbe beginnt ein Treffen der EU-Troika mit Vertretern aller zentralasiatischer Staaten, bei dem der Stand der Implementierung der EU-Zentralasien-Strategie erörtert werden soll.
30.5.2009	Präsident Rachmon erklärt bei einem Treffen mit der EU-Troika, dass die Projekte seines Landes im Bereich Hydroenergie nicht gegen Nachbarländer gerichtet seien.
1.6.2009	Nach Angaben von Spezialisten ist die Zahl der Tien-Schan-Braunbären auf tadschikischem Territorium gestiegen, die der Schneeleoparden dagegen gesunken.
2.6.2009	Prinz Rahim Aga Khan trifft zu einem Arbeitsbesuch in Duschanbe ein.
2.6.2009	Präsident Rachmon empfängt den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE, Knut Vollebaek, zu einem Gespräch über die Situation der nationalen Minderheiten Tadschikistans.
3.6.2009	Präsident Rachmon und der afghanische Präsident Karzai besprechen per Videokonferenz die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit, besonders beim Straßen- und Brückenbau, sowie bei Stromversorgung und Kommunikation.
3.6.2009	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Dekret, das Baumwollbauern, die aus Finanznot bereits die kommende Ernte an Zwischenhändler verpfändet haben, von der Rückzahlung ihrer Schulden befreit.
4.6.2009	Präsident Rachmon entlässt den bisherigen Leiter der Agentur für die Kontrolle der Staatsfinanzen und den Kampf gegen die Korruption, Scherchon Salimsoda, und macht Fattoch Saidow zu seinem Nachfolger.
4.6.2009	Präsident Rachmon empfängt eine Delegation des ZK der KP Chinas zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen. Es wird eine Reihe von Kooperationsabkommen unterzeichnet.
8.6.2009	Drei tadschikische Studenten der Al-Azhar-Universität werden von Ägypten wegen Gesetzesverstößen des Landes verwiesen.
10.6.2009	Das Oberste Gericht verurteilt 31 Mitglieder einer Gruppierung um den ehemaligen Parlamentsabgeordneten Nisomchon Dschurajew zu 10- bis 25jährigen Freiheitsstrafen, u. a. wegen der Ermordung des ehemaligen stellvertretenden Generalstaatsanwaltes Tolib Bobojew.
10.6.2009	Aus der Vertretung der Europäischen Kommission in Duschanbe verlautet, dass die Kommission dem tadschikischen Staat 2 Mio. Euro für die Reform des Finanzmanagements zur Verfügung stellt.
11.6.2009	Die UN konstatiert in ihrem neuesten Bericht über die Wirtschaftssituation 2008/09 in Europa, der GUS und Nordamerika den stärksten Einbruch seit dem 2. Weltkrieg, sagt aber für einige kleine Staaten, darunter Tadschikistan, ein leichtes Wachstum für 2009 voraus.
11.6.2009	Die usbekische Gesellschaft Uztransgaz kündigt die Einstellung aller Gaslieferungen an Tadschikistan an, sollte die tadschikische Seite nicht bis zum 15.6. ihre Schulden von 15,7 Mio. US-Dollar bezahlen.
11.6.2009	Der frühere Chefredakteur der usbekischsprachigen Zeitschrift Tong (Morgenröte) und zwei weitere Personen werden von einem Gericht in Duschanbe wegen Unterschlagung ausländischer Hilfe zu Haftstrafen verurteilt.
12.6.2009	Auf einer Pressekonferenz wird die erste englischsprachige Wochenzeitung Tadschikistans, The Tajik Times, vorgestellt.
14.6.2009	Die Außenminister Tadschikistans und Russlands, Zarifi und Lawrow, erörtern bei einem Treffen in Moskau die bilateralen Beziehungen und den bevorstehenden Tadschikistanbesuch des russischen Präsidenten Dmitrij Medwedjew.
15.6.2009	Präsident Rachmon trifft am Rande des SCO-Gipfels in Ekaterinburg mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao zusammen.
16.6.2009	Nach Angaben der Nachrichtenagentur Awesta hat Usbekistan seine Gaslieferungen um die Hälfte reduziert.
16.6.2009	Die usbekische Firma Schargunkomir hat mit der Lieferung von Kohle nach Tadschikistan begonnen.
17.7.2009	14 chinesische Staatsbürger werden z.T. schwer verletzt, als ihr Auto bei einem Erdbeben im Gebiet Sogd von der Straße gerissen wird.
17.7.2009	Der ehemalige Generaldirektor der staatlichen Fluglinie Tajikair, Hokimscho Tillojew, wird unter dem Verdacht der Unterschlagung verhaftet.

17.6.2009	AsiaPlus meldet, dass der ehemalige Innenminister Machmadnasar Solechow Selbstmord begangen hat.
19.6.2009	Fast 36 % der Industriebetriebe des Landes waren im Mai nicht in Betrieb, meldet AsiaPlus.

Turkmenistan

23.5.2009	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow, seines Zeichens diplomierter Mediziner, hat ein Buch über die Heilpflanzen seines Landes vorgelegt, berichtet RIA Nowosti.
29.5.2009	Bei einer Kabinettsitzung erklärt Präsident Berdymuchammedow, dass die Partnerschaft mit der EU für sein Land eine große Rolle spiele.
29.5.2009	Wegen der durch eine Explosion im April hervorgerufenen Schäden an der Gaspipeline nach Russland musste die Gasförderung an 195 Quellen eingestellt werden, berichtet RIA Nowosti.
29.5.2009	Präsident Berdymuchammedow entlässt Innenminister Orasgeldy Amanmuradow.
30.5.2009	Die islamische Entwicklungsbank gewährt Turkmenistan einen Kredit in Höhe von 31 Mio. US-Dollar zur Finanzierung von Schiffen zum Transport von Erdöl und Erdölprodukten.
1.6.2009	Vor der Wiederaufnahme des Gasexports nach Russland muss nach den Worten des Vertreters der Agentur für Erdöl- und -gasressourcen, Dowlet Atabajew, der Schuldige für die Explosionen im April gefunden werden.
1.6.2009	Gazprom schlägt Turkmenistan aufgrund der sinkenden Nachfrage nach Gas auf den Weltmärkten entweder eine Senkung der Exportmenge oder des Gaspreises vor, meldet Interfax.
2.6.2009	Iran fordert von Aschchabad die Schließung der israelischen Vertretung, weil dort Diversanten für den Einsatz in Iran vorbereitet würden.
3.6.2009	Präsident Berdymuchammedow schlägt China eine Erhöhung des Gasexports von 30 auf 40 Mrd. m ³ im Jahr über die voraussichtlich Ende 2009 fertig gestellte Gaspipeline vor.
5.6.2009	Der russische Vize-Premierminister, Igor Setschin, wirft der turkmenischen Führung fehlendes Verständnis für die Folgen des Zusammenbrechens des Gasmarktes vor.
6.6.2009	China stellt einen Kredit in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar zur Erschließung der Gaslagerstätte Juschnyj Jeloten zur Verfügung.
10.6.2009	Der stellvertretende Minister für Öl, Gas und Ressourcen, Bayramgeldy Nedirow, erklärt, dass Turkmenistan seinen Gasexport diversifizieren wolle.
12.6.2009	Die oppositionelle Website Chronika Turkmenistana meldet, dass der abgesetzte stellvertretende Minister für Eisenbahntransport, Durdymyrat Tschopanow, einen Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes erstochen und sich dann selber gerichtet habe.
13.6.2009	Die Akademie der Wissenschaften wird mit neuen Vollmachten ausgestattet, erweitert und vollständig durch das Staatsbudget finanziert, berichtet die staatliche Nachrichtenagentur Turkmenistans.
15.6.2009	Gazprom-Chef Alexej Miller trifft in Aschchabad Präsident Berdymuchammedow. Gesprächsthema ist insbesondere die strategische Zusammenarbeit im Energiebereich.
15.6.2009	Ein Sonderzug der turkmenischen Eisenbahn bringt hochrangige Gäste zur Eröffnung des Urlaubs- und Erholungskomplexes Awasa an das Kaspische Meer.
17.6.2009	Der iranische Botschafter in Aschchabad gibt bekannt, dass sein Land weitere 100 Mio. US-Dollar in vier Projekte in Turkmenistan, u. a. einen Erdgasspeicher, investieren werde.
17.6.2009	Der weißrussische Präsident Aleksandr Lukaschenko trifft zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Aschchabad ein.

Usbekistan

24.5.2009	Bei der feierlichen Inbetriebnahme eines Teils einer Stromleitung von Usbekistan nach Afghanistan dankt der afghanische Präsident Karzai Usbekistan für seine führende Rolle in dem Projekt.
25.5.2009	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung Gesetzesänderungen über Kinderarbeit, u. a. wird das Mindestalter auf 15 Jahre festgesetzt.

26.5.2009	An einem Polizeiposten an der Grenze zu Kirgistan bei Chanabad (Gebiet Andischan) kommt es am frühen Morgen zu einer Schießerei, Angaben über Todesopfer schwanken zwischen keinem und vier.
26.5.2009	Im Zentrum von Andischan sprengt sich ein Selbstmordattentäter am Nachmittag in die Luft. Es soll einen Toten und mehrere Verletzte gegeben haben. Die Islamische Dschihad Union soll die Verantwortung für das Attentat übernommen haben.
26.5.2009	In Reaktion auf die Ereignisse in Chanabad und Andischan schließt Usbekistan seine Grenze zu Kirgistan komplett.
26.5.2009	Mehrere Medien melden, dass usbekische Schulkinder im Gebiet Fergana zu Hause jeweils 200 Baumwollsetzlinge ziehen müssen.
26.5.2009	Präsident Karimow wird in Madrid vom spanischen König Juan Carlos empfangen.
26.5.2009	An der usbekisch-kasachstanischen Grenze wird ein mit UN-Hilfe erbautes Gebäude für ein gemeinsames Kommando zur Bekämpfung des Drogenschmuggels übergeben.
27.5.2009	Präsident Islam Karimow trifft zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Brasilien ein.
27.5.2009	Mehrere Menschenrechtsaktivisten werden auf dem Weg zum UN-Büro in Taschkent verhaftet.
28.5.2009	In Reaktion auf die globale Finanzkrise wird der geplante Verkauf von Kraftwerken an ausländische Investoren gestoppt.
28.5.2009	Usbekische Menschenrechtler melden, dass öffentliche Unterhaltungs- und Sportereignisse in Usbekistan bis Ende des Monats untersagt sind.
28.5.2009	Gepanzerte Fahrzeuge wurden von der Grenze zu Kirgistan abgezogen, die Grenze bleibt jedoch bis auf weiteres für kirgisische Staatsbürger geschlossen. Der örtlichen Bevölkerung wird mitgeteilt, dass alle Gebäude mit weniger als 50 m Abstand zur Grenze abgerissen werden, davon sollen 170 Haushalte betroffen sein.
31.5.2009	Bei einem Andischanbesuch verspricht Präsident Karimow, die Hintermänner der jüngsten Vorfälle ausfindig zu machen. In einer Fernsehansprache kündigt er Auflagen beim Grenzübergang sogar für Verwandtenbesuche an und fordert dazu auf, diesseits der Grenze einzukaufen.
1.6.2009	Präsident Karimow unterzeichnet ein Gesetz, nach dem physische Personen nur noch Waren im Wert von 10 US-Dollar nach Usbekistan einführen dürfen.
1.6.2009	In Karschi nimmt ein biologisches Institut der Akademie der Wissenschaften die Arbeit auf, das genetisch veränderte Kulturpflanzen entwickeln soll.
2.6.2009	Robert Simmons, der Sonderbeauftragte der Nato für die Länder Zentralasiens und des Kaukasus, soll sich zu einem inoffiziellen Besuch in Taschkent aufhalten. Es wird vermutet, dass er Gespräche über den Transit von Nato-Gütern über usbekisches Territorium führt.
3.6.2009	Vertreter der usbekischen und kirgisischen Grenztruppen kommen überein, die Grenze zwischen beiden Ländern wieder zu öffnen.
3.6.2009	Human Rights Watch fordert im Vorfeld der nächsten Verhandlungen der EU mit Usbekistan am 10.6. eine Einstellung des Drucks auf Menschenrechtler durch staatliche Institutionen..
4.6.2009	Eine Quelle in der usbekischen Regierung erklärt gegenüber Interfax, dass GM Usbekistan nicht durch die Insolvenz des Mutterkonzerns betroffen sei.
4.6.2009	Aus dem Moskauer Außenministerium wird bekannt, dass Usbekistan mehrere Vorbedingungen für eine Teilnahme am CSTO-Gipfel am 14.6. in Moskau gestellt habe.
4.6.2009	Präsident Karimow empfängt den saudiarabischen Finanz- und Wirtschaftsminister, Ibrahim Bin-Abd-al- Aziz al Assaf, zu einem Gespräch über die Weiterentwicklung der Wirtschaftskontakte und Investitionsprojekte.
4.6.2009	Der internationale Flughafen von Buchara wird als bester Flughafen eines GUS-Landes ausgezeichnet.
4.6.2009	Usbekische Aktivisten fordern in einem offenen Brief die Weltöffentlichkeit auf, usbekische Baumwolle wegen Kinderarbeit zu boykottieren.
4.6.2009	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass es öffentliche Untersuchungen über die Vorfälle in Andischan und Chanabad geben werde und eine entsprechende Kommission bereits eingerichtet wurde.
4.6.2009	Führungsvertreter der oppositionellen Partei Erk und der Organisation Andischan – Gerechtigkeit und Auferstehung treffen in Schweden zu Gesprächen über eine Vereinigung unter dem Namen »Union des 13. Mai« zusammen.

8.6.2009	Die russische Duma ratifiziert das Abkommen über den Schutz der Rechte von usbekischen Arbeitsmigranten, das am 4.7.2007 in Taschkent unterzeichnet worden war.
8.6.2009	Das Sekretariat der CSTO teilt mit, dass eine formale Zusage von Präsident Karimow für die Teilnahme am CSTO-Gipfel am 14.6. vorliege.
8.6.2009	Eine neue wöchentliche Eisenbahndirektverbindung Taschkent – Balykschy (Issyk-Kul) – Taschkent nimmt den Betrieb auf.
9.6.2009	In der Region Andischan wurde mit der Errichtung eines 3 m hohen Zaunes und eines ebenso tiefen Grabens als Grenzbefestigung zu Kirgistan begonnen, berichten kirgisische Medien.
10.6.2009	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass im Rayon Rischtan, Gebiet Fergana an der Grenze zu Kirgistan eine 7 m hohe Mauer errichtet werde.
10.6.2009	Richard E. Hoagland, US-Botschafter in Kasachstan, bestreitet US-Pläne für die Einrichtung eines Luftwaffenstützpunktes auf dem Flughafen Navoi.
11.6.2009	Aus dem Gebiet Saratow der RF werden 47 usbekische Staatsbürger wegen Verletzung der Aufenthaltsbestimmungen nach Usbekistan ausgewiesen.
11.6.2009	Präsident Karimow empfängt den Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für GUS-Fragen, Farit Muchametschin, zu Gesprächen u. a. über die Wasserprobleme.
14.6.2009	Usbekistan stimmt neben Belarus nicht der Einrichtung einer gemeinsamen Schnellen Einsatztruppe der CSTO zu.
15.6.2009	Präsident Karimow trifft in Ekaterinburg zu Gesprächen über einen Ausbau der Zusammenarbeit mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao zusammen.
15.6.2009	Usbekistan verzichtet auf den ihm im Rahmen seines SCO-Vorsitz zustehenden Vorsitz der Bankengruppe der Organisation.
16.6.2009	Der Pressesekretär des Obersten Wirtschaftsgerichtes Usbekistans, Cholli Norbojew, soll wegen Erpressung und Betruges verhaftet worden sein.
18.6.2009	Vertreter staatlicher Firmen Usbekistans und Japans unterzeichnen einen Vertrag über die gemeinsame Exploration von Uranlagerstätten im Gebiet Navoi.
18.6.2009	Präsident Karimow empfängt Dominique Strauss Kahn, Managing Director des IWF, zu Gesprächen über die wirtschaftliche Situation Usbekistans.
19.6.2009	In einem Gefängnis im Gebiet Nawoi wird eine Gruppe der verbotenen Hizb ut-Tahrir aufgedeckt, meldet Interfax.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment
Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

ISSN 1866-2110 © 2009 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14
e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de